

Volkstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. — Für Inserate 1927. Für die Redaktion 1794. Für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitung Nr. 1. Nachtrag, Seite 17.

Abzugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Beim Abholer vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 11.50 Mk., monatlich 3.85 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 25 Pf. — Anzeigengebühren: die sogenannte Normvorlage 1.00 Mk. im Reflametall, Seite 1.50 Mk. Vereinskalender Seite 50 Pf. Anzeigen-Abatt gibt verloren, wenn nicht binnen 1 Woche Zahlung erfolgt. — Postfach Nr. 6258 Berlin.

Nr. 127.

Magdeburg, Donnerstag den 3. Juni 1920.

31. Jahrgang.

Die Lehre von Gotha.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Gotha haben wir in unserer letzten Nummer mitgeteilt und schon gewertet. Der Ausfall der Wahlen ist angesichts des 6. Juni aber so wichtig, daß es angezeigt erscheint, genauer auf die Gründe einzugehen, die zum Verlust der bisherigen unabhängigen Mehrheit und zu dem bedenklichen Anwachsen der reaktionären bzw. zum Senken der sozialistischen Stimmen geführt haben, und aus der Untersuchung dann die Nutzenanwendung zu ziehen.

In den Thüringer Walddörfern geht die Sage von der Springwurz. Das ist ein Würzelchen mit geheimnisvollen Kräften, das der Specht zu finden weiß, wenn rohe Menschenhände mit einem Holzblock ihm das Astloch vertiefen, in dem seine Brut sitzt und die hungrigen Schnäbel aufsperrt. Der Specht hält das Würzelchen an den Keil, der dann sofort aus dem Astloch springt. Der Mensch aber, dem es gelingt, den Specht bei dieser Arbeit zu belauschen und das nach Erfüllung seiner Aufgabe weggeworfene Würzelchen zu finden, ist ein Glücklicher, dem alle Tieren offenstehen, der zu unendlichem Reichtum gelangen kann.

Als eine Springwurz, die mit einem Schlage allem Elend ein Ende zu machen vermag, erscheint vielen Arbeitern das Schlagwort von der

„Diktatur des Proletariats“.

Tausende sprechen täglich von ihrer Anwendung und von dem in ihr wohnenden Kräften, und jeder hat eine andre Vorstellung von ihrem Wesen — ähnlich der Sage von der Springwurz, die in vielerlei Gestalt erscheint.

Theoretische politische Lehrlinge sind blutleere Gedankenkonstruktionen. Ueber ihren Wert kann nur die praktische Anwendung entscheiden. Wie die Wirklichkeit sich darstellt, wie in die Tat umgesetzte Gedanken und Vorstellungen auf den Volkskörper sich auswirken, das ist für den politisch denkenden Menschen der Prüfstein für politische Lehrlinge. Wer Wert oder Unwert der Lehre von der Diktatur des Proletariats einschätzen will, muß darum sorgfältig alle Vorgänge und Eingriffe in ihren Wirkungen beobachten, die in Anwendung der Diktatur gemacht werden.

Lehrreich ist in dieser Hinsicht die Geschichte des Ländchens Gotha. Es wird seit der Revolution ausschließlich von Unabhängigen beherrscht.

Sie können dort, gestützt auf eine unabhängige Mehrheit radikalster Färbung im Landtag und in der Bevölkerung, alles durchzuführen versuchen, was sie für richtig halten. Aber die Unabhängigen in Gotha haben erfahren müssen, daß es oft unmöglich ist, Gesetze und Regierungsmaßnahmen durchzuführen, wenn eine große Minderheit im Volke sie nicht anerkennt und ihre Durchführung sabotiert. Dem Schulmeisterstand die Gothaer Regierung hilflos gegenüber. Wie beim Schulstreik, so auch bei vielen andern Gelegenheiten. Da schrien die Unabhängigen nach Räteverfassung und Diktatur. Sie erklärten sich damit als bankrott. An der Reichsverfassung und am Bruch der eignen Verfassung ist schließlich die Gothaer Regierung gescheitert. Die Gothaer Unabhängigen wollten die Diktatur und werden jetzt eine — reaktionäre Regierung erhalten.

Will man die verängstigte Stimmung des Bürgertums, die enttäuschte und verbitterte Stimmung von Teilen der Arbeiterschaft begreifen, muß man die

jüngsten Taten der Unabhängigen

kennen, die im Trubel des März viel zuwenig beachtet wurden.

Zur Abwehr des Kapp-Putschs hatte sich im Lande Gotha die Bevölkerung einmütig erhoben. Als die ersten Nachrichten von dem gelungenen Ueberfall aus Berlin kamen, begaben sich Vertreter der Sozialdemokratie zur Gothaer unabhängigen Landesregierung, um diese zur Abgabe einer Erklärung für die Verfassung zu veranlassen. Sie glaubten, eine rasche und unzweideutige Antwort zu erhalten, weil doch die Gothaer Landesregierung ausschließlich aus Unabhängigen bestand. Die Volksbeauftragten Grabow und Schauder erklärten aber, daß sie sich erst mit ihren Parteigenossen beraten müßten.

Als nach der festgesetzten Frist unsre Genossen wieder erschienen, wurden sie von den Volksbeauftragten und einigen unbekanntem Herren empfangen, von denen einer — Oberlehrer Schäfer —, der sich als Kommunist vorstellte,

sie mit der Mitteilung überraschte, daß die Landesregierung allein keine Entschlüsse mehr fassen könne, da infolge Verständigung zwischen Unabhängigen und Kommunisten sich ein Volksrat gebildet hätte, der die politische Macht übernommen habe. Die anwesenden Volksbeauftragten bestätigten diese Erklärung, trotzdem sofort darauf verwiesen wurde, daß dies

ein Bruch der Verfassung

sei. Eine Neubildung der Landesregierung durch den Landtag wurde abgelehnt, ebenso ein Vorschlag der Sozialdemokraten, die Bevölkerung zum Schutze der Reichsverfassung aufzurufen.

Die unabhängige Regierung von Gotha hatte also freiwillig abgedankt — Kommunisten und Unabhängige übten die Diktatur aus.

Welches Unheil für die Gothaer Arbeiterschaft daraus entstand, mag aus den nun folgenden Ereignissen ersehen werden.

Die Verletzung der Fliegerwerk in Gotha, die sich unabweislich zur verfassungsmäßigen Reichsregierung bekannte, wurde überfallen und entwaftet. Dieser Vorgang wurde später von einem Volksbeauftragten eine „Entleerung“ der Waffen genannt.

Der Führer einer Abteilung Sicherheitswehr, Major Seims, legte am Sonntag nach dem Putsch den Vertretern der Parteien einen Weisheitswurf vor, nach welchem die Landesversammlung aufgelöst und die unabhängige Regierung verhaftet sei. Der sozialdemokratische Vertreter protestierte gegen diesen Verfassungsbruch und verlangte die sofortige Freilassung der Regierungsmitglieder. Als Major Seims auf direkte Frage erklärte, daß er für seine Person zu Kapp stehe, während ein Hauptmann Caspar zur Regierung Ebert-Wauer sich bekannte, wurde Major Seims seines Kommandos enthoben und durch den Major Zimmermann ersetzt, der sich mit seiner gesamten Truppe zur Reichsregierung bekannte; damit war der Kapp-Putsch in Gotha im Keim erstickt.

Gegen den Willen der unabhängigen Regierung. Ihr lag

nichts daran, den Kapp-Putsch niederzuschlagen

und die bedrohte Reichsverfassung zu schützen. Sie glaubte vielmehr, den Anhängern der Diktatur des Proletariats nicht hinderlich sein zu dürfen, wenn diese ihr Süppchen an dem von Kapp und Lüttich entzündeten Feuer kochen wollten.

Die Aufforderung des Majors Zimmermann, bei der Herbeischaffung der in der Fliegerwerk „entleerten“ Waffen mitzuhelfen, beantwortete die unabhängige Landesregierung mit der Erklärung, daß sie dazu keine Macht hätte, der Kommandeur solle sich an den Volksrat wenden. Dies geschah auch; die Waffen wurden aber nicht abgeliefert, vielmehr wurden am Mittwoch den 17. März die Posten an der Post angegriffen. Verhandlungen, die deshalb eingeleitet waren, mußten unterbrochen werden, weil in der Stadt Gotha zwei Soldaten erschlagen und die Fliegerwerk von neuem angegriffen wurde.

Am Donnerstag rückten dann bewaffnete Arbeiter in großer Zahl aus den Walddörfern nach Gotha, die von den unabhängigen und kommunistischen Drahtziehern nach Gotha gekehrt wurden mit der

wissentlich falschen Behauptung,

Gotha sei in den Händen kappistischer Truppen.

Die Sozialdemokratische Partei entbande darauf einen Genossen, um zwischen den Parteien zu verhandeln. Major Zimmermann erklärte sich dazu sofort bereit, von den „Führern“ der bewaffneten Arbeiter wurden Verhandlungen abgelehnt und Ergebung verlangt. So kam es zu

schweren blutigen Kämpfen mit Geschütz und Minenwerfern zwischen verfassungstreuen Truppen und Arbeitern, die da glaubten, die Verfassung zu schützen, während sie in Wirklichkeit für die unabhängig-kommunistischen Parteinteressen kämpften. Ein Teil der unabhängigen und kommunistischen Führer hatten offenbar die Absicht, die Niederschlagung des Kapp-Putschs zur Errichtung einer Diktatur nach russischem Muster zu benutzen.

Die Gothaer unabhängige Regierung hat ihnen dazu Helferdienste geleistet. Sie hat um eines Experiments willen sich selbst, die Reichsverfassung und

die Arbeiterschaft verraten.

Hunderten von Arbeitern hat dieser Versuch das Leben gekostet; den Soldaten, die bereit waren, die Verfassung zu schützen, ist der Glaube an das ehrliche Wollen der Arbeiterschaft geraubt worden.

Der Gothaer Vorstoß gegen die Demokratie ist schließlich doch zusammengebrochen — der Arbeiterschaft hat er nur geschadet. Nicht allein, daß die Arbeiter in

finnlose Kämpfe gekehrt

wurden, die Reaktion hat aus dem unabhängig-kommunistischen Streiche neue Kräfte geschöpft; die verfassungstreuen Truppen wurden niedergeschlagen und damit den reaktionären Truppen der Vorwand zum Eingreifen gegeben. Darum war es möglich, daß die Marburger Studenten nach Thüringen marschierten und den 16fachen Mord an den Arbeitern des Ortes Thal verüben konnten.

Das stark demokratisch denkende Bürgertum in Gotha ist dank der Arbeit der Unabhängigen in einen reaktionären Block zusammengeschweißt, die Arbeiterschaft aber durch die nutzlosen Kämpfe und die sinnlosen Opfer

geschwächt und zerplittert worden.

Tausende haben das Vertrauen zum Sozialismus überhaupt verloren, Tausende, die zu uns neigten, wurden abgeschreckt, aber Tausende haben aus Angst vor dem radikalen Gehaben der Unabhängigen sich der äußersten Rechten in die Arme geworfen. Aus dem ehemals demokratischen Gotha wird

eine Hochburg der Reaktion

werden — wie es Südbayern nach der Räterepublik wurde.

Die unabhängige Regierung hat nicht den Mut gefunden, für ihre Taten einzustehen. So sehr sie sich auch windet und dreht, die Tatsache, daß sie in der Zeit der Not die Macht aus den Händen gab und daß darum die Schuld für die gefallenen Opfer auf sie fällt, kann sie nicht aus der Welt schaffen. Das

verfassungswidrige Verhalten der unabhängigen Regierung hat zur Ausschreibung von Neuwahlen und zur Einsetzung eines Staatskommissars geführt. Nun ist der neue Landtag gewählt, das Urteil über die unabhängige Politik gefällt.

Die deutschen Arbeiter aber können aus dem Beispiel von Gotha sehen, wohin der Glaube an die Gewalt führt. Der Glaube an die Springwurz der „Diktatur“ ist ein Aberglaube. Die Springwurz des Spechtes ist kein unermüdlicher Fleiß und keine Ausdauer, mit welcher er Splinter um Splinter aus dem Astloch hackt, um den freien Ein- und Auszug zu seinem Neste herzustellen. Ausdauer und Fleiß, Aufklärung und Agitation, Treue und Opferbereitschaft sind auch für die Arbeiterschaft notwendig, um sich den freien Weg in den Sozialismus zu bahnen.

Die Zeit bis zum 6. Juni muß ein Splitterhaden sein. Mann für Mann und Frau für Frau muß gewonnen werden; die Mehrheit des deutschen Volkes muß den Sozialismus wollen, nicht eine Minderheit. Diesen Weg verfolgt allein die Sozialdemokratie! —

Unabhängige schützen Militaristen.

Zur achtsten der acht Punkte, mit denen der Märzgeneralstreik zum Abschluß gekommen ist, wird die Aufhebung der gegenrevolutionären Truppenteile und ihre Ersetzung durch Formationen aus republikanisch zuverlässigen Kreisen, insbesondere der organisierten Arbeitnehmerschaft, gefordert. Mit der Ausführung dieses Punktes ist es aus verschiedenen Gründen nicht so glatt gegangen, wie damals gehofft und im Interesse der Republik gewünscht wurde. Neben den technischen Schwierigkeiten, dem Widerstande der Entente, der stillen Sabotage untergeordneter Organe ist es insbesondere die

Organisierung der offenen Auflehnung

gegen die Auflösung der gegenrevolutionären Freikorps, die der Erfüllung jener berechtigten Forderung der Arbeiterschaft im Wege steht.

Und nicht nur die Freikorps wollen sich, unter dem Einfluß des Frontbundes, nicht auflösen lassen, sondern auch der Nationalverband deutscher Offiziere hat beschlossen, über den Bestand der vorhandenen Formationen hinaus Offizierskompanien zu schaffen, sobald die

Umstände dies nötig erscheinen lassen". Wiederholt ist die Regierung aus den Reihen der Arbeiterbewegung heraus aufgefordert worden, gegen diese planmäßige Organisierung eines neuen Rechtsputsches zu entschiedeneren Maßnahmen zu greifen.

Jetzt hat der Reichspräsident eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung herausgegeben, die gegen die Verteilung zum Widerstand gegen die Auflösung aufgelöster Verbände und die eigenmächtige Aufstellung bewaffneter Formationen

Juchthausstrafen bis zu 5 Jahren

androht. Zur Aburteilung von Verstäßen, die sich gegen diese Verordnung richten, sollen außerordentliche Gerichte eingesetzt werden, so daß militärische Menterer der ihnen nicht so unangenehmen Gerichtsbarkeit der Kriegsgeschichte entzogen sind.

Daß die deutsch-nationale Presse gegen diese Verordnung Gift und Galle speit, ist nur selbstverständlich. Was soll man aber dazu sagen, daß die unabhängige Berliner „Freiheit“ in genau dieselbe Tonart verfährt und einen wahren Brandartikel gegen die Verordnung veröffentlicht, die doch nur der Ausführung dessen dient, was

von den Unabhängigen unzählige Male gefordert worden ist. Ganz im Tone der deutsch-nationalen Presse erklärt die „Freiheit“, die Verordnung des Reichspräsidenten sei ein nackter Willkürakt, der alles Bisherige auf diesem Weg überbiete und den sie nicht gutheißen dürfe, auch wenn er sich gegen Vorkünder und ähnliche Elemente richte.

Die unabhängige Presse produziert sich damit in ihrer neuesten Rolle als Schutzhengel der Vorkünder und der übrigen Konterrevolutionären Truppenteile und Offiziere. Sie unterstützt die deutsch-nationale Presse in ihrer Behauptung, daß jene Verordnung einen Willkürakt darstelle, obwohl das Recht des Reichspräsidenten, sie zu erlassen, nach der Verfassung unzweifelhaft feststeht. Ueberdies wird die unbefugte Bildung bewaffneter Gassen, die Teilnahme an geheimen Verbindungen und solchen, zu deren Zwecken die Verhinderung behördlicher Maßnahmen gehört, von dem Gesetz sowieso mit Strafe bedroht. Dies wird durch die Verordnung des Reichspräsidenten in Erinnerung gebracht und außerdem werden, angesichts der drohenden Ruffschandgefahr von rechts,

die Strafandrohungen noch verschärft. Durch die Schaffung außerordentlicher Gerichte werden die Kriegsgeschichte, deren Fortbestehen die Deutschnationalen in der letzten Sitzung der Nationalversammlung durch Obstruktion retteten, an einem Punkt ausgeschaltet, wo ihr Wirken besonders gefährlich würde. Wenn die unabhängige Presse gegen die Einsetzung außerordentlicher Gerichte tobt, so macht sie sich damit auch zur Beschützerin der sonst von ihr so hart behandelten Militärgerichte.

Die „Freiheit“ schreibt zum Schluß, die Verordnung habe nicht den richtigen Weg beschritten, das Heer müsse von allen reaktionären Elementen befreit und die Arbeiterschaft müsse bewaffnet werden. Wie man das aber in der Praxis durchführen soll, das zu sagen, ist sie nicht so gültig. Die Waffen, die man der Arbeiterschaft geben könnte, befinden sich zurzeit in den Händen der Freikorps und anderer unzuverlässiger Formationen. Diese aber weigern sich, sich aufzulösen und die Waffen herzugeben. Versucht man nun mit der Auflösung und der Waffenablieferung Ernst zu machen und mit Maßnahmen vorzugehen, die einigermaßen ethisch-schneidend sind, so erhebt die unabhängige „Freiheit“ darüber ein großes Wehgeschrei und verstärkt damit den Chor der deutsch-nationalen Presse, die sehr genau weiß, was sie will, während die unabhängige Presse offenbar durchaus nicht weiß, was sie will.

Dreißigmal der „Freiheit“ zeigt aufs neue, wie lächerlich die Methoden der Unabhängigen sind. Es kommt ihnen nicht darauf an, etwas zu erreichen, sondern nur darauf, alles herunterzureißen. Wenn sie dabei in die Gesellschaft der Deutschnationalen geraten, und der militäristischen Reaktion geradezu Unterstützung leisten, so macht sie das nicht im allermindesten süßig. Das ist ein Benehmen wie von unvernünftigen kleinen Kindern, nicht aber wie von erwachsenen Menschen, die wissen, was sie wollen.

Die unabhängige Presse schützt Vorkünder, Frontbund, Nationalverband der Offiziere und Kriegsgeschichte gegen einen Versuch des sozialdemokratischen Reichspräsidenten, diesen Uebeln ernstlich zu Leibe zu gehen. Daß sie das nicht mit Absicht tut, daß sie nicht bewußt die Pläne der Gegenrevolution fördert, ist gewiß richtig, macht aber die Sache eher schlimmer als besser. Die Unabhängigen sind so ganz auf den Kampf gegen die „Rechtssozialisten“ eingestellt, daß sie gar nicht mehr fähig sind, daran zu denken, wie sehr sie damit die Absichten der äußersten Reaktion fördern.

An einem Schulbeispiel ist hier gezeigt, wofür die Meinjagerei und Vörgerei um jeden Preis führen muß. Ein denkender Arbeiter kann ein so törichtes Treiben nicht billigen und nicht mitmachen.

Von Rußland, Polen und England.

Rußland hatte auf die polnischen Angriffe mit einer Gegenoffensive geantwortet und damit einen großen Teil des von Polen eroberten Gebiets zurückgewonnen. Nun scheint der russische Gegenstoß zum Stillstand gekommen zu sein. Der russische Generalstab meldet:

Längs der Eisenbahnlinie von Polotsk in der Richtung nach Südwesten werden die Angriffe der Bolschewisten jähwärtig infolge der erlittenen großen Verluste und ihres Mangels an Proviand und Kriegsmaterial. Ein neuer Versuch der Bolschewisten, die Berezina zwischen Borisow und Bobruisk zu überschreiten, ist gescheitert. Zwei Infanterie-Divisionen und eine Kavallerie-Division, denen es gelungen war, das Westufer des Flusses zu erreichen, wurde bei

Jatofayce umringt und vernichtet. Wir machten über 2000 Gefangene. Der Rest der bolschewistischen Truppe flüchtete in südlicher Richtung über die Berezina zurück. Beim Durchqueren haben wir mit dem ukrainischen Heer alle Angriffe abgeeschlagen und einen kräftigen Gegenangriff eingeleitet, bei dem wir die Städte Bobrojsk und Dobowka einnahmen.

Die Polen werden von Frankreich, England und Italien mit Kriegsmaterial unterstützt. Es wurde sogar davon gesprochen, daß Frankreich Truppen zur Hilfe stellen will. In London ist der russische Kommissar Krasin eingetroffen, um mit England die Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen. Darüber liegt folgende Meldung vor:

Krasin hat am Montag die erste Unterredung mit Lord Curzon gehabt und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit ihm besprochen. Lord Curzon, Bonar Law und mehrere andere englische Sachverständige waren anwesend. Bei der Zusammenkunft wurde lediglich die Frage behandelt, welches die Bedürfnisse Rußlands sind und was zu exportieren es imstande ist. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit einer Fortsetzung der Propaganda unvereinbar sei.

In Rußland ist eine Abordnung englischer Arbeitervertreter, welche die Lage in Rußland untersuchen soll. Nach einer Mitteilung eines englischen Blattes hat Lenin den englischen Arbeitervertretern zugegeben, daß die gesellschaftliche Umwälzung in England ihren eignen Weg nehmen müsse und daß die Forderung einer Anwendung der russischen Taktik verfehlt sei.

Frauen, merkt auf!

Bei Wahlzeiten hüpfen die reaktionären Parteien um die Günstigkeit der Frauen, denen sie, als sie noch an der Macht waren, jedes politische Mitbestimmungsrecht vorenthalten haben.

Sie versprechen den Frauen goldene Berge.

In Wirklichkeit denken sie gar nicht daran, das Versprechen auch zu halten, und in unbedachten Augenblicken geben sie ihren tatsächlichen inneren Gefühlen auch freien Ausdruck. So verknüpfte sich der Schriftleiter Abel der erzkonservativen „Deutschen Zeitung“ in Berlin in einer deutsch-nationalen Versammlung in Halle, indem er mündlich sagte:

... Die politischen Frauen sind, wenn sie bereinzelt stehen, die Blumen auf dem Kornfeld. In größerer Anzahl wirken sie aber als lästiges Unkraut.

Und die alldeutschen Hallenser Männer klatschten dieser unverschämten Beleidigung des weiblichen Geschlechts rasenden Beifall.

Diesen Verächtern der Frauenrechte darf keine Frau eine Stimme geben,

die es mit ihrem Geschlecht ehrlich meint. Die zingige Partei, die in Wort und Tat für die Frauenrechte bisher schon entschieden eingetreten ist und auch weiter eintreten wird, ist die Sozialdemokratische Partei.

Frauen, wählt sozialdemokratisch! Stimmt für die Liste Bauer!

Aus dem Reichswehrministerium.

Der Zivilreferent im Reichswehrministerium, Genosse Bernhard Nauß, ist von seinem Posten zurückgetreten und hat diesen Schritt in einem Schreiben an den parlamentarischen Staatssekretär Stod mit der innerhalb der Reichswehr sich immer mehr ausbreitenden Reaktion begründet, wofür er als Sozialdemokrat nicht länger die Mitverantwortung tragen könne. Den äußeren Anlaß zum Ausschreiben gab eine von Nauß verfaßte Broschüre „Soldat und Verfassungstreue“, deren amtliche Verbreitung vom Reichswehrministerium abgelehnt wurde. In dem Schreiben erklärt Nauß:

Es ist heute schlimmer als je zuvor. Gewiß gibt es in der Truppe und namentlich im Reichswehrministerium eine ganze Anzahl einsichtsvoller, loyal denkender Offiziere, die hohe Achtung und absolutes Vertrauen verdienen. In der Masse sind sie aber weiße Raben und bedeutungslos gegenüber der geschlossenen Phalanx einer bewußten staatsfeindlichen Reaktion und eines kranken Offiziersgeistes, der besonders in der Truppe selbst heute frecher auftritt als je zuvor. Aus zahlreichen Einzelerscheinungen bin ich zu der Erkenntnis gelangt, daß verfassungstreue, republikanische Elemente nun erst recht, konsequent und gäh, in benutzter oder unbenuzter Solidarität aus der Reichswehr entfernt werden, und daß demgegenüber die Zentralstellen zurzeit so gut wie machtlos sind. Den Leuten, die zu mir kommen, muß ich immer wieder sagen, daß ich ihnen wenig helfen kann. Nach jeht, sechs Wochen nach dem Kapp-Zug, werden die wegen ihrer verfassungstreuen Haltung schikanierten und geschädigten Unteroffiziere und Mannschaften innerhalb des Ministeriums von einer Stelle zur anderen geschickt, weil der von uns gewünschte Ausschluß zur Bearbeitung ihrer Angelegenheiten bis heute noch nicht eingeleitet ist. Immer noch werden diese Fälle in der Regel von den Dienststellen in der Truppe erledigt, gegen die sich die Klagen und Beschwerden richten. Das erzeugt bei den verfassungstreuen zuverlässigen Elementen ein Gefühl der Erbitterung und des Verlassenseins, das für den Geist der Reichswehr von den verhängnisvollsten Folgen sein muß. Sie selbst, Herr Staatssekretär, sind, abgesehen von dem Ihnen zugewiesenen engen Arbeitsgebiet, innerhalb des Ministeriums von einer ihrer Stellung unwürdigen Einfluß- und Bedeutungslosigkeit. Bei der Amorganisierung des Ministeriums hat man Sie nicht beteiligt und Ihre Vorschläge übergangen. Der sich aus den Verhältnissen natürlich ergebende Plan, dem parlamentarischen Staatssekretär, als einer politischen Stelle, das Vorkämpfer-, Presse- und Fürsorgeamt zu übertragen, ist gänzlich unter den Tisch gefallen.

Trotz des Bedenkens, daß sein Rücktritt eine weitere Schwächung unserer ohnehin schwachen Position bedeute, glaubt Genosse Nauß, daß ein klares Aussprechen dessen, was ist und eine realistische Scheidung in der gegenwärtigen Situation der Sache am förderlichsten sei.

Der 6. Juni wird auch über die Umbildung des Reichswehrministeriums entscheiden. Will sich die Arbeiterschaft nicht selbst ausschalten und der Reaktion den Weg nicht freimachen, dann muß sie anders wählen als in Götting. Selbst ausschalten ist heute Selbstmord! Wer den nicht will, wählt die Liste Bauer! —

Ein Muster aus der „Vorwärts“-Besetzung

Als Lebebour seine „Revolution“ machte, die nach dem Urteil des unabhängigen Führers Hilferding die „Marxeschacht der Revolution“ war, wurde bekanntlich der „Vorwärts“ von den Lebebour-Revolutionären besetzt. Die Berliner „Freiheit“, das Zentralorgan der Unabhängigen, muß nun feststellen:

Der Arbeiter Waldemar Berschall, wohnhaft Magazinstrasse 18a, der zur „Vorwärts“-Besetzung gehörte und dieserhalb eine längere Gefängnisstrafe verbüßt hat, hat in den letzten Wochen den reichsständigen Organisationsplan einer angeblichen kommunistischen Kampforganisation verkauft, mit dem Hinweis darauf, daß er eine führende Stelle in dieser Organisation bekleide und an allen Geheimnissen teilnehme. Dieser Spitzel schlimmer Sorte, der während seiner Gefängnisstrafe und noch nachher aus dem politischen Unterhaltungsfonds der Berliner Arbeiter Beihilfen bezog, hat auch einige Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet, die von der Militärkammera verhaftet wurden, der Polizei benutzigt und sie ans Messer geliefert.

Eine ganze Menge anderer Spitzel-Meldungen sind ebenfalls auf das Konto dieses Lebebour'schen „Vorwärts“-Besetzers zu buchen. Dieser Berschall ist ein Musterexemplar der Leute, die immer dort sind, wo etwas zu holen ist. Vor der Revolution waren sie Gelbe, dann „revolutionäre“ Kämpfer und konpromittierten als solche die Arbeiter und die Revolution, so im Januar und März in Berlin, im April in München und zuletzt im Ruhrgebiet. An jedem Ruffschand, an jedem Mäuserstück beteiligten sich diese lichtscheneu Elemente, die immer rechtzeitig verschwinden und brave, ehrliche Arbeiter, die sich verführen lassen, aber im besten Glauben handeln, müssen die Sünden dieser Leute büßen. Wer stellt sich aber immer schuldig vor dieses Geschlechter? Welch Geschrei wurde gemacht, wenn jemand es wagte, zu behaupten, im „Vorwärts“ seien im Januar 1919 lichtscheneu Elemente gewesen? Die Unabhängigen. Sie rühmen sich doch sogar, sie seien aus der Regierung ausgeschlossen, weil die Sozialdemokraten mit den Waffen sich gegen Angriffe mit Maschinengewehren verteidigten. Wir können den unabhängigen Blättern zustimmen, wenn sie jetzt schreiben: „Die Arbeiter können gar nicht vorsichtig genug sein, wenn sich solche Summen mit radikalen Lebensarten an sie heranmachen.“ Nur schade, daß diese Erkenntnis nicht schon im November 1918 kam. Es wäre manches anders gekommen. Denkt daran am 6. Juni! —

Oesterreich und Sowjetrußland.

Wir haben in unserer gestrigen Nummer darauf hingewiesen, wie die österreichischen Arbeiter dank ihrer demokratischen Grundsätze einsig und geschlossen blieben und allen Diktaturgeflüsten von rechts und links entgegentraten. Der ganze Unterschied zwischen dem Denken der Arbeiterschaft in Oesterreich und den Kreisen, die bei uns die Zersplitterung der Unabhängigen unterstützen, geht aus folgender Meldung aus Wien hervor:

Dem Kreisarbeiterrat überbrachte in der heutigen Sitzung ein aus Rußland zurückgekehrter Kriegsgefangener die Grüße eines Kameraden. Da er für die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland eintrat, gab Abg. Emmy Freundlich Aufschluß über die Verhandlungen, die sie seinerzeit in Wien und später in London im Namen der Genossenschaften mit russischen Genossenschaften geführt hat. Sie erklärte, daß die Russen gar keine Zusage machen konnten, wirklich etwas zu liefern. Deutschösterreich könnte keine drei Wochen von dem Leben, was Rußland schicken würde, selbst wenn es Lokomotiven und Wagen hätte. — Der Kommunist Friedländer führte aus, daß auch die Kommunisten, die auf die Weltrevolution hinarbeiten, nicht auf dem Standpunkt stehen, man könne in diesem Deutschösterreich die Mäterepublik ausrufen. Ein Sowjetösterreich würde sich wirtschaftlich nicht halten können. Da die Eingliederung Deutschösterreichs in ein größeres Wirtschaftsgebiet zu einer engen Fühlung mit dem revolutionären Proletariat führen würde, so hätte er nicht gegen den Anschluß an Deutschland. — Ein anderer Kommunist gab die Erklärung ab, daß die Kommunisten durchaus nicht die Genossenschaften sprengen, sondern sie nur radikalisieren wollten.

Emmy Freundlich hat am 22. Mai in der unabhängigen wissenschaftlichen Zeitschrift „Der Sozialist“ die Schwierigkeiten der Sozialisierung und die Lastversuche der österreichischen Genossen geschildert. Ihre Mitteilungen über Sowjetrußland können aber nicht von den Unabhängigen als Klammerei und Sabotierung der Sozialisierung abgetan werden. Im übrigen stelle man sich vor, was von den Unabhängigen gesagt wird, wenn ein deutscher Sozialdemokrat ähnliches ausspricht, wie der österreichische Kommunist Friedländer. —

Rittmeister und Beamte.

Am Sonntag morgen 6 Uhr 30 Min. wurde der Rittmeister a. D. Weidemann aus Charlottenburg von dem Schaffner des Zuges aus Richtung Charlottenburg auf dem Bahnsteig Galensee aus dem Schafe geweckt und mit der Begründung, daß der Zug nicht weiterfähre, aufgefordert, diesen zu verlassen. Der Herr Rittmeister weigerte sich jedoch und blieb dabei, weiterfahren zu wollen. Nach mehrmaliger Aufforderung bequeme er sich endlich zum Aussteigen, sprang aber in den anfahrenenden Zug wieder hinein. Man holte nunmehr den Fahrdienstleiter, und als der hohe Herr nach dreimaliger Aufforderung den Zug endlich verlassen hatte, beleidigte er den Beamten mit folgenden Worten:

„Sie frecher Mensch, Sie Lump, Sie Laufkümmer, Sie werden noch Kniebeuge vor mir machen und kramm stehen. Warten Sie bloß nur noch ein paar Tage; Wasser werden Sie saufen nach dem 6. Juni!“

Berner drohte der Herr Rittmeister, die Beamten zu erschlagen und zu erschlagen. Unterdessen hatten sich etwa 100 Personen angesammelt, die den Herrn Rittmeister aus dem Dienstraum herausholen und mörderlich verbleuten. Diese rasche Justiz, so begreiflich sie auch ist, ist nicht die richtige Antwort, die man einem deutsch-nationalen Provokateur auf seine niederträchtigen deutsch-nationalen Provokateure auf seine niederträchtigen Erinnerungen entnommenen Schimpfwörtern erteilt. Die richtige Antwort gibt man solchen Leuten vielmehr am 6. Juni durch Abgabe eines Stimmgeldes, durch den ein Reichstag geschaffen wird, der dem „gemeinen Volk“ weder das Kniebeugen noch das Ruffschand vorhält! —

Ecke Leiterstraße und Prälatenstraße.

Für diejenigen unserer geschätzten Abnehmer, welche in der inneren Stadt wohnhaft sind und auch künftig selbst abgeholt wünschen, errichten wir demnach auf dem obengenannten Grundstück eine **Ausgabestelle für Briketts, Grudekoks und sonstige Brennmaterialien.**

Wir bitten von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen
Gebr. Klepp Nachf. G. m. b. H. & Co. | Magdeburg, Kohlenhof G. m. b. H. & Co. | Schultze & Scharrer G. m. b. H. & Co.
 Lagerplatz: Rogätzter Str. 5a. Fernspr. 192. Lagerplatz: Marsdorfer Str. 6. Fernspr. 129. Lagerplatz: An der Elbe 12. Fernspr. 1128.

Menschenhaar Tierhaar
Wo ist die größte Haar-Ankaufsstelle für Frauenhaar
 Frauenhaarabfall und alte Haararbeiten in Magdeburg?
Wer bezahlt real gewogen die höchsten Preise?
Ein Spaziergang zu der Firma E. Liebenow
 Sternstraße 29 (Privatwohnung) wird Sie überzeugen.
 Umsatz im Jahre 1919: 184 669.40 Mark. 1128

Sohlleder-Ausschnitt
 in bester Friedensware zu billigsten Tagespreisen 1145
Große Münzstraße 3.

Zigaretten, Zigaretten
 Übermalt durch glücklichen Einkauf
Zigaretten Harem, Pud, Albatros
 Marius, Motiv, Ptes, Moral
 detail 20 bis 50 Pfennig pro Stück
Billig Zigaretten, Zigarillos Billig
 rein Uebersee, große Auswahl
 Gastwirte und Händler kaufen am vorteilhaftesten bei uns
J. Knauel & Bessel
 Magdeburg
Franckestraße 4 — Fernsprecher 3370
 und Verkaufsstellen
 Altstadt: Goldschmiedebühl, Ecke Heiligegeiststraße, am Marktpl.
 Berliner Straße 20, Nähe Wilhelm-Theater.
 Breitenweg 248, neben der Zeitanstalt.
 Wilhelmstadt: Gr. Döbberner Straße 245, Nähe Kaiser-Friedrich-Straße
 Othenfrieder Straße 27, Ecke Schillerstraße.
 Sudau: Neue Straße 12.
 Sudenburg: Kottbuser Straße, Ecke St.-Michael-Straße.
 Alte Neustadt: Sieversstr. 40, im Hause des Restaurants zum Amboß
 Neue Neustadt: Silberburger Straße 31. — Albeder Straße 111.
 Albeder Straße 96. 58

RUM- und KOGNAK-Verschnitt
VO-CO feinsten Tafelbranntwein
 in bekannter bester Qualität ::
 Himbeersaft Weine 1278
VOGEL & Co. G. m. b. H. Sprit- und Likör-Fabrik
 b. H. Weinhandlung ::
 Einzelverkauf im Kontor: Braunschweigstraße Nr. 2.

Neu eingetroffen:
 Moderne Seiden-Büsten von 75.00 bis an
 Moderne Woll-Büsten, gestreift von 45.00 bis an
 Moderne Wolle-Büsten von 45.00 bis an
 Moderne Seiden-Büsten von 88.00 bis an
 Moderne Seiden-Büsten von 88.00 bis an
 Moderne Seiden-Büsten von 88.00 bis an
Leckers Gelegenheitsläufe
 Fischlerstraße 33. Fischlerstraße 33.

Billige gute Schuhe!
Schuhhaus
COORS
 Halberstädter Straße 116
 Wir gewähren trotz billiger Preise bis
 Ende Juni auf 2339
 schwarze Artikel 10% Rabatt
 weiße u. farbige Artikel 20% Rabatt

! Möbel-Einrichtung!
 Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohn-
 zimmer, Schlafzimmer, Küchen, Isoliert
 und getrichen, Schreibtische und
 Bücherchränke für Privat u. Bureau
 sowie sämtliche Einzelmöbel —
 verkauft preiswert 1377
Karl Kohle, Tischlermeister,
 Katharinenstraße 2/4.

Ausnahme-Angebot!
 Anzugstoffe, blau und gemustert Nr. 110, 149, 168 Nr.
 Kostümstoffe, blau und gemustert Nr. 42, 48, 78 Nr.
 Altonau, Mittagstraße 20, l. 2085

Planbersteigerung.
 Am Dienstag, 8. Juni,
 10 1/2 Uhr vormittags, gelangen
 in meinem Geschäftszimmer
 Schwertstraße 14 auf
 Pfänder vom 1. Januar 1919
 bis 3. Oktober 1919
 sub Nr. 19760 bis 21104
 zur Versteigerung.
 Erneuerungen werden nur bis
 Montag mittags 12 Uhr
 entgegen genommen.

Freiwillige Versteigerung.
 Freitag, 4. Juni, vorm.
 11 Uhr, wird im Justizpalast
 ein Salon-Schlafzimmer
 (2 Betten) mit Matratzen,
 2 Nachtschränke mit Mar-
 morpl. Schrank mit Spiegel-
 schilde und Waschtische),
 wenig gebraucht, meistbietend
 gegen Bar verkauft. 2073
 Topp, Gerichtsvollzieher.

Pölke u. Fatterschweine
 werden preiswert zum Verkauf
 bei Gustav Stausendtel,
 Döbbernerstr. 233.
Graden und Aschebehälter
 offeriert 2088
 Otto Koch, Berliner Str. 12.

Billig! Billig!
Weiß und schwarze Damenhalbschuhe
 Größe 35 bis 41, Größe 27 bis 35
 jedes Paar 40 Mark 2074
Schuhmacher R. Heine
 Gr. Mühlentstr. 1, im Laden.

Kleiderbrant, weißlich,
 dunkel (neu) 160 Nr. 1. Becker,
 Alte Ulrichstraße 13. 1371

Rüchle, hell m. Ant., 425 Nr.
 zu verkaufen, Mod. Anleber
 Straße 13, pt., Laden. 2083

Natur
Heilanstalt
 für alle Krankheiten
 Niemann, Magdeburg,
 Moritzstraße 16 (am S. W.)

Leinhaus B. Wolf.
 Wasserglas Pfd. 80
 Herr. Masche, Wilhelmstraße 11.

Zigaretten
 ohne Mundstück, liefert 100
 Stück 10 Mark. 1128
 Größelung 5. München 59

Möbeltransporte
 innerhalb der Stadt, über
 Land, vom per Bahn ohne jede
 Umladung führt billigst aus
Ernst Funke
 jetzt Sudau, An d. Elbe 8,
 Telefon Nr. 4400. 1884

Wir sind ständige
 Abnehmer von altem
Rupfer
Rotguss
Messing
Zinn
Sint
Eisen
 und zahlen die höchsten
 Tagespreise.
Metall-Eink.-Stelle
 Magdeburg, Südlstr. 3,
 Eg. Drehtisch, Georgenpl.

Wir empfehlen
 unser reichhaltig. Lager in
 deutschen,
 englischen,
 türkischen,
 arabischen,
Zigaretten,
Zigarillos,
Rauchtabaken
 und
 amerikan. Shag

Wenig gebrauchtes
Schlafzimmer
 sauber aufgestellt, wert. billig
 Möbel-Jürgens 477
 Große Münzstraße Nr. 17.

Chaiselongue m. Decke
 190 Nr. Sofa 650 Nr. Küche mit
 Anrichte, kompl. 1275 Nr. Schreib-
 tisch mit Federstuhl 950 Nr. Spinn-
 webstuhl 150 Nr. Herren-
 zimmerstuhl 200 Nr. 2 egale mod.
 Vertikalen, komplett, 1000 Nr.
 F. u. B., Schöninger Str. 28.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise her-
 zlicher Teilnahme und der
 reichen Spenden beim Be-
 gräbnis unserer lieben En-
 kelinchen Frau Margarete
 Kuntzmann geb. Dick, sage
 wir allen Verwandten, Be-
 kannten und den Freien Bur-
 gern unser herzlichsten Dank.
 Besonders danken wir Herrn
 Pastor Lepzin für die tropf-
 reichen Worte am Sarge.
Die trauernden
 Hinterbliebenen.

Perladin
 die Perle der Schuhputzmittel
 ist aus feinsten Edelwachsen hergestellt, 1898
 geruchlos, und gibt sofort einen unüber-
 troffenen tief-schwarzen Glanz.
Alleiniger Vertreter für Magdeburg
Kurt de la Porte
 Kontor und Lager: Sudenburg, Kirchhoffstraße 5.

Räumungsverkauf in
Handleiterwagen
 3, 4, 5 und 6 Sit. Größtfr.
 b. 25 bis 60 cm
 Durchmesser
 Rogge, Schentendorferstr. 17, l.

Busse & Scheuern
 Augustastr. 28
 Telefon 4071.
Filialen m. Engrosverkauf
 Schwerfegerstr. 2
 Schönbecker Str. 98.

Gut erhalten. Kinderwagen,
 150 Nr. 1. vert. Fr. Guderjan,
 207, Sebaningstr. 5, Telefon 19

Ein kleiner Posten
eleg. Waschblusen
 15 Nr. hocheleg. Ball- oder
 Hochzeitskleid, Fig. 42 bis 44,
 hellblau, 1800 Nr. eleg. Seiden-
 blusen 40 Nr. u. bill. Damen-
 Sommerjackets in hell sehr
 billig zu verkaufen. 2089
 D. Reuter, Gelegenheitsläufe-
 geschäft, Wandstr. 1, 2. Etz.

Todesanzeige.
 Am Dienstag den 1. Juni, früh, entschlief sanft
 nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Schwester,
 Tante und Schwägerin, Witwe
Anna Spieß geb.
 im 55. Lebensjahre.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am 4. Juni nachmittags
 2 Uhr vor der kleinen Kapelle des Westfriedhofs
 aus statt. — Etwasige Spenden erbitten Nichter-
 trugstraße 28 bei Dittmar und Braunschweigstraße 4
 bei Dippe.

Alfchersleben.
Vertragsbruch der Rassenärzte.
 Die organisierte Ärzteschaft hatte in den hiesigen Tageszeitungen
 angezeigt, daß sie
Dienstag den 25. Mai d. J., mittags 12 Uhr,
 die Tätigkeit für die Krankenkassen einstelle.
 Die Rassenmitglieder werden von diesem Zeitpunkt an nur als
 Privat-Patienten gegen Barzahlung behandelt.
 Kein Rezept auf Rassenverordnung ausgestellt.
 Die Rassenmitglieder sollen die Rassenverordnungen und die Reichs-
 regierung zur Anerkennung der maßlosen ärztlichen Honorarforderungen
 und Einführung der freien Arztwahl zwingen.
 Die Krankenkassen waren zur angemessenen Erhöhung der
 Honorare bereit, auch sollten die ärztlichen Schiedsämter auf An-
 trag der Parteien nach pflichtgemäßer Prüfung der Verhältnisse
 ihres Bezirke über die Art des Vertragsbruchs bei den Kranken-
 kassen Entscheidung treffen.
So fordert es auch das Berliner Abkommen vom
23. Dez. 1913, das bis jetzt in voller Geltung war.
 Den Reg der Verständigung verschmäht man aber, weil er nicht
 alles bringt!
 Rücksichtslos will man die Monopolstellung ausnutzen, um sich Ein-
 kommen zu sichern, die nur eine reiche Bevölkerung zahlen kann, aber kein
 bestes, ausgebeutetes und verarmtes Volk.
Demgegenüber müssen die Rassenmitglieder
ihre Organisationen schließen!
 Zunächst nehme jeder den Arzt nur im dringendsten Notfall in Anspruch,
 Vorbehaltlich anderer Verfügungen der Reichsregierung oder der
 Aufsichtsstellen wird folgendes empfohlen:
 Jeder bei gezahltem Honorarvertrage verlangt ein Leben Quittung, die
 im Gesamtvertrag auch spezifiziert werden müssen.
 Die Verbindungen über die Arzneien und Heilmittel müssen der
 Krankenkasse jeweils kostenloser Abgabe vor dem Bezug zur
 Aufwahrung vorgelegt werden.
 Im Zweifelsfall verweigere man stets die Rassenverwaltung.
 Wir erwarten, daß die Mitglieder bestrahlt sein werden,
 und in dem uns aufgedrungenen Kampfe wirkungsvoll
 zu unterstützen.
 Alfchersleben, den 31. Mai 1920. 1300
Allgemeine Ortskrankenkasse.
Betriebskrankenkasse der Firma J. C. Bettehorn.
Zunngskrankenkasse des Maurer- u. Zimmergewerbes.

Vorzügl. Marmelade Pfd. 3.50 Mark
Prima Seringe Stück 1.50 Mark
Sarzer Käse in vorzügl. Qualität
Kaffee und Kakao in verschiedenen
Prima Frankfurter Apfelwein
 empfiehlt
Ernst Vorlop
 Albeder Straße Nr. 25 u. Schentendorferstraße Nr. 17
 Tel. 3331. Tel. 4752.

Meine verehrte Kundschaft wird gebeten,
 sich recht bald in die bei mir anliegende
Kohlen-Kundenliste
 eintragen zu lassen. 1290
H. Bernhardt, Kohlenkontor
 Südbahnhof. Fernspr. Nr. 8418.

Billige Herrenrocktöne
 und Futterstoffe empfiehlt
L. Rudolf Fab, Bismarckstr. 48, l.
 Anrichte m. Zink (neu) 350 Nr.
 Al. Becker, Alte Ulrichstraße 13.

Ein gutes Fahrrad
 und wachamen Hund lauft
 folgt, Papenstraße Nr. 15.

Arbeitsmarkt
 Wir suchen für sofort
1-2 tücht. Spezial-Motorenschlosser
 Wir respektieren jedoch nur auf vollständig selbstständig arbei-
 tende beste Kräfte. Angebote mit Zeugnisauszügen usw.
 bitten wir umgehend einzureichen.
Daimler-Motoren-Gesellschaft
 Verkaufsstelle Magdeburg, Kaiserstraße 20.
 Für mein seit ca. 50 Jahren bestehendes Manufaktur-
 Konfektions- und Modewaren-Geschäft suche ich
 1. Juni c. einen
älteren, tüchtigen Verkäufer
 der selbstständig arbeiten kann und die Umgegend von Gessin,
 Bezirk Magdeburg, bereisen muß. Stellung ist dauernd
 und selbständig und kann bei Konvention zu einer Lebens-
 stellung führen. Erbittet Gehaltsanprüfungen und Bild.
Frau E. Kaufmann,
 i. S. Moritz Kaufmann, Gessin.
Maurer
 Schulmädchen
 zur Beaufsichtigung von drei
 jähr. Knaben für nachmittags
 gesucht. Weiser wird gemäß
 Stellung 7-8 Uhr abends bei
 B. Peters & Söhne,
 Baugewerk, Gessin.

Zahlen für
gebündelte Zeitungen Alten u.
 Bücher
 sowie für
Strumpfabfälle (Wolle) **Alteisen**
Sausumpen und
 die höchsten Tagespreise. 2083
 kostenlose Abholung durch eigenes Gespann. Postkarte genügt.
Reiß & Co.,
 Fiklerstraße Nr. 1,
 Eingang Grünarmstraße.

Kopfläuse
 samt Brut
 vernichtet Kosokt
 doppelstark — geruchlos
Hofapotheke
 1360 Breitenweg 158.

Kräuze
 juck. Hautausschlag
 wird unter Garantie in 3 Tagen
 mit echter Krätzeheife "Pura"
 geheilt. Geruchlos, ohne Beruf-
 störung. Pak. f. Kinder M. 4.50
 f. Erwachsene M. 6.50, f. ältere Fälle
 M. 10.50, Doppelpack. M. 18.00.
 Dazu geh. "Luna" Blutreinig-
 Tee Paket M. 3.00, 5.50 u. 10.50.
 Allein echt durch Drogerie
 Dowald, Hasselbachplatz, u.
 Drogerie Schröder, Burg.

Für gebündelte Zeitungen
 pro Kilogr. 1.00 Mark
 sowie für sämtliches Altpapier
 die höchsten Preise zahlen 1381
Gebr. Müller
 Neustädter Straße Nr. 42.
 Kostenlose Abholung durch unsere Gespanne,
 Postkarte genügt.

Wanzen-
 Vertilgungsmittel in
 konzentriert flüssig. Form
Hofapotheke
 Breitenweg 158.

Wanzen-
 Vertilgungsmittel in
 konzentriert flüssig. Form
Hofapotheke
 Breitenweg 158.

Der Wahlkampf.

Wahlung, Flugblattverbreitung!

Wegen der am Mittwoch den 2. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Circus stattfindenden Landsberg-Versammlung werden beide Flugblätter am Donnerstag bzw. am Freitag verbreitet. Die zum Mittwoch den 2. Juni angelegten Funktionär- und Wahlhelfer-Sitzungen finden am Donnerstag den 3. Juni statt.

Funktionär- und Wahlhelfersitzungen

finden statt:

- Am Donnerstag den 3. Juni im Bezirk Magdeburg Nord, Freitag den 4. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Ed. Holz, Tischlerkrugstraße.
- Bezirk Wilhelmstadt, abends 7 1/2 Uhr, im „Wilhelmspark“, Eblithring.
- Bezirk Neue Neustadt, im Reichenaal der 2. Volkshochschule, Umfassungstraße, abends 7 1/2 Uhr.
- Bezirk Budau, abends 7 1/2 Uhr, in der „Thalia“.
- Für Neue Neustadt werden die Flugblätter in der am Donnerstag tagenden Sitzung ausgegeben.
- Magdeburg Süd, abends 7 1/2 Uhr, bei D. Genth.
- Bezirk Alte Neustadt, abends 7 1/2 Uhr, in der „Krone“, Malbenstraße.
- Bezirk Bernersleben, abends 7 1/2 Uhr, bei Runge.
- Für Demsdorf, Reform und Spysengarten abends 7 1/2 Uhr, im „Volkfreund“.
- Bezirk Friedrichstadt, Werder abends 7 1/2 Uhr bei E. Krüger, Weiden- und Mittelstraßen-Ecke.
- Bezirk Salzte, abends 8 Uhr bei Stumburg.

Jugendliche Wahlhelfer gesucht.

Auch in dieser Woche ist wieder die Mitarbeit jugendlicher Wahlhelfer dringend erwünscht. Alle näheren Einzelheiten sind bei den Bezirksleitern der Sozialdemokratischen Partei zu erfragen.

Die Partei der Arbeiterrentner und -witwen.

Schon stets haben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten für eine wesentliche Erhöhung der Bezüge der Invaliden, Unfall- und Witwenrentenempfänger eingesetzt. Was man diesen Armen heute gewährt, ist bei dem gegenwärtigen gesunkenen Geldwert als eine soziale Fürsorge gar nicht mehr zu betrachten. Man zahlt Beträge aus, die nur noch als Hungerrenten bezeichnet werden können. Die Invalidenrentenempfänger haben eine Jahresrente von durchschnittlich 500 bis 600 Mark. Davon kann niemand leben. Diese Arbeiterrentner müssen deshalb in allen Fällen, wo ihnen nicht Zuwendungen von liebevollen Freunden oder bessergestellten Verwandten zuteil werden, der örtlichen Armenfürsorge zur Last fallen, die in manchen Orten aber wieder diesen Bedauernswerten mit nur sehr wenig sozialem Gefühl und Verständnis gegenübersteht und die Gesuchsteller auf ihren Rentenbezug verweist. Wehmützig klagt das Los der Arbeiterwitwen, besonders soweit es sich um solche mit höherem Lebensalter oder körperlichen Gebrechen handelt. Schlimm ist auch die Lage der Unfallrentner, denen man ja in der Regel überhaupt erst dann eine almosenartige Rente gewährt, wenn sie schon offenbar Halbtrüppel geworden sind.

In den Parlamenten der Einzelstaaten haben Sozialdemokraten versucht, für die Arbeiterrentner Vorteile herauszuholen, da in der Nationalversammlung ihre Zahl noch nicht hinreichte, die Unterstützung von Grund auf umzugestalten. Es ist eines sozialen und demokratischen Staates unwürdig, Tausende von Volksgenossen, die ihr Bestes, was sie besaßen, nämlich ihre Gesundheit und Arbeitskraft, im Dienste des Volksganges geopfert haben, zu Verzweiflung und Selbstmord zu treiben. Die eigentliche Fürsorgepflicht auf diesem Gebiet liegt dem Reich ob. An dieses müssen wir gebieterisch die Forderungen nach wesentlicher Erhöhung der Arbeiterrenten stellen. Der Ausgang der Reichstagswahl ist deshalb für die Arbeiterrentner von ganz besonderer großer Bedeutung. Im kommenden Reichstag muß die Sozialdemokratie bedeutend an Einfluß gewinnen, oder es wird den Arbeiterrentenempfängern weiter elend und kaurig ergehen. Erst muß das Reichsparlament umgestaltet werden, dann werden die Bemühungen der sozialdemokratischen Abgeordneten von Erfolg gekrönt sein.

Alle Arbeiterrentenempfänger müssen daher schon jetzt für die sozialdemokratische Partei werben und am Wahltag einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben. Nur auf diese Weise kann diesen armen bedauernswerten Opfern der unseligen kapitalistischen Wirtschaftsordnung rasch geholfen werden.

Sie müssen sich dabei auch darüber klar sein, daß ihnen nur in praktischer sozialistischer und demokratischer Arbeit geholfen werden kann, wie sie von der Sozialdemokratie geleistet wird. Die Phantasie von der unabhängigen Autokratie kann den Rentnern ebensowenig nützen wie der Irrsinn gewalttätiger Erhebung. Ihre Interessen verlangen gebieterisch die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter, jede Stimme für die Arbeiterrentner!

Versammlungen in Magdeburg

- Freitag den 4. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Salzte im „Turnpark“. Referent Presschef Burghardt.
- Rothensee bei Jenich. Referent Fräulein Bils.
- Profier in Kornemanns Garten. Referent Polizeipräsident Krüger.
- Sonntag den 5. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Budau im „Admiralspalast“. Referent Redakteur Kitzsch (Berlin).
- Eubenburg im „Konzerthaus“. Referent Weims.
- Wilhelmstadt im „Hohenzollernpark“. Referent Wittmaad.
- Neue Neustadt in der „Wilhelma“. Referent Bader.
- Westertühlen im „Goldenen Schiff“. Referent Henneberg.
- Cracau im „Elbgarten“. Referent Burghardt.

Versammlungen in der Provinz

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

- Am Donnerstag den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Marienburg. Referent Genosse Rothmann, Reichstagsabgeordneter.
- Wienleben. Referent Gen. Frau Gollmann, M. d. B.
- Hemdsdorf. Referent Genosse Schopf (Wadeleben).
- Angern. Referent Genosse Röber, Gauleiter der Kriegsbefähigten.
- Mahlwinkel. Referent Genosse König Hauptlehrer (Zwieben).
- Kositz. Referent Genosse Wünschmann, Arbeitersekretär.
- Kositz. Referent Genosse Kitzsch, M. d. B.
- Burgstall. Referent Genosse Wittger, Landrat.
- Niederndobeleben. Referent Genosse Mehlner, Reichstagskandidat.
- Sommerdorf. Referent Genosse Kungemann, Gewerkschaftsbeamter.
- Mieseberg. Referent Gen. Tramp, Gauleiter der Kriegsbefähigten.
- Am Freitag den 4. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Othenstedt. Referent Genosse Brandenburg, M. d. B.
- Wälklingen. Referent Genosse Uffrecht, Stadtverordnetenvorsteher.
- Zwenrode. Referent Genosse Müller, Bürgermeister.
- Patenstedt. Referent Genosse Wendhaus.
- Uhrleben. Referent Genosse Preuß, Stadtrat.
- Morsleben. Referent Gen. Röber, Gauleiter der Kriegsbefähigten.
- Wolmirstedt. Referent Genosse Kungemann, Gewerkschaftsbeamter.
- Schmalzleben. Referent Genosse König, Hauptlehrer (Zwieben).
- Schmalzleben. Referent Genosse Schopf (Wadeleben).
- Groß-Ummenleben. Referent Genosse Matthes, Stadtrat.
- Wälzke. Referent Genosse Kitzsch, M. d. B.
- Groß-Rottmerleben. Referent Genosse Schälge (Magdeburg).
- Ummendorf. Referent Genosse Wünschmann, Arbeitersekretär.
- Obendorf. Referent Genosse Mehlner, Reichstagskandidat.
- Mammendorf. Referent Genosse Rothmann, Reichstagsabgeordneter.
- Altenhof. Referent Genosse Meddigan, Reichstagsabgeordneter.
- Am Sonnabend den 5. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Ergleben. Referent Genosse Müller, Bürgermeister.
- Bregensfeld. Referent Genosse Schädiger (Uthaldensleben).
- Klein-Ummenleben. Referent Genosse Rebbigau, Reichstagsabg.
- Fahldorf. Referent Genosse Preuß, Stadtrat.
- Giechbarleben. Referent Genosse Schälge (Magdeburg).
- Wesensleben. Referent Genosse Wünschmann, Arbeitersekretär.
- Hörningen. Referent Genosse Röber, Gauleiter der Kriegsbefähigten.
- Varneberg. Referent Genosse Köhnen, Bezirkssekretär.
- Nordgermersleben. Referent Genosse Partela, Gewerkschaftsbeamter.

Wahlkreis Wanzleben.

- Donnerstag den 3. Juni, abends 8 Uhr. Unseburg im „Frühregen“. Referent Jul. Koch, M. d. B.
- Domersleben. Referent Frau Schwenk.
- Seehausen. Referent Willi Plumborn.
- Klein-Rodensleben. Referent Genosse Fröh.
- Klein-Wanzleben. Referent Genosse Gustav Feil.
- Remkersleben. Referent Genosse Otto Winger.
- Groß-Dittersleben. Referent Reichsvertehrminister Dauer.
- Freitag den 4. Juni, abends 8 Uhr. Wanzleben im Schützenhaus. Referent Genosse Hermann Weims.
- Hohendobeleben bei Coerdt. Referent H. Silberstein.
- Wahrendorf. Referent Landrat Fr. Fahn.
- Woitmersdorf. Referent Genosse Wille.
- Wolmirstedt. Referent Genosse Julius Koch.
- Westeregeln. Referent Frau Schwenk (Magdeburg).
- Scherfke. Referent Genosse R. Richter.
- Amptfurth. Referent Genosse W. Kelling.
- Gafelborn. Referent Genosse Otto Winger.
- Etgersleben. Referent Genosse Feil.
- Habmersleben. Referent Genosse R. Vormann.

Gewerkschaften gegen Rechtsputsch.

Die an dem März-Generalstreik beteiligten Organisationen trafen am Montag zu einer Beratung zusammen, um zur gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen. Auf der Tagesordnung stand die große Gefahr der Lage hingewiesen, die durch den drohenden Rechtsputsch entstanden ist. Es wurde festgestellt, daß die Durchführung der acht Punkte in ganz ungenügender Weise erfolgt sei. Allgemein kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß eine Abwehr der von der Reaktion drohenden Gefahren nur gesichert werden kann durch ungestüme Erfüllung der achten Forderung, die die Auflösung der konterrevolutionären Truppenteile und ihre Ersetzung durch republikanisch zuverlässige, insbesondere aus der organisierten Arbeitnehmerschaft gebildete Formationen verlangt. Es wurde beschlossen, eine Abordnung an die Reichsregierung zu entsenden, um in dieser die einmütige Auffassung der Organisationsvertreter nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

Ausstellung von Wahlscheinen.

Über die Ausstellung von Wahlscheinen zur Reichstagswahl gelten folgende Bestimmungen: Ohne Eintragung in eine Wählerliste oder Wählerkarte sind auf Antrag mit einem Wahlschein zu versehen: 1. Ehemalige Soldaten der Wehrmacht, die wegen Ruhens des Wahlrechts in die Wählerliste oder Wählerkarte nicht eingetragen oder deren Namen dort mit dem Bemerkung „ruht“ versehen worden ist, wenn der Grund für das Ruhen des Wahlrechts nachträglich weggefallen ist; 2. Auslandsdeutsche und ehemalige Angehörige der Abtretungsgebiete, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten und Wählerkarten ihren Wohnort in das Inland verlegt haben; 3. Kriegsteilnehmer und im Ausland zurückgehaltene Reichsangehörige, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten und Wählerkarten in das Inland zurückgekehrt sind; 4. ehemalige Angehörige des Reichswehrdienstes, die nachträglich die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Lande erworben haben.

Der Wahlschein ist nach einem besonderen Vordruck auszufüllen. Zuständig zur Ausstellung ist die Gemeindebehörde des Wohnortes. § 85 der Reichswahlordnung gilt sinngemäß. Sind die Voraussetzungen eines gewöhnlichen Aufenthalts in der Person des Antragstellers nicht erfüllt, so ist die Gemeindebehörde zuständig, in deren Bezirk sich der Antragsteller zur Zeit der Ausstellung des Wahlscheins oder am Wahltag aufhält. Die Ausstellung der Wahlscheine kann bis zur Ueberendung des zweiten Stückes der Wählerliste oder Wählerkarte an den Wahlvorsteher (§ 13 Absatz 1 der Reichswahlordnung) beantragt werden.

In Magdeburg erfolgt die Ausstellung derartiger Wahlscheine im städtischen Rathaus Spiegelstraße 1, Zimmer 9 (Alstadt, Wilhelmstadt Werder und Friedrichstadt). Für die in den Außenstadteilen wohnenden Personen in den dortigen Verwaltungsbüros. Ein entsprechender Ausweis ist vorzulegen.

Die Aussichten im Ruhrgebiet.

Auch im Ruhrgebiet hat der Wahlkampf während der letzten Woche mit voller Wucht eingesetzt. Immer deutlicher zeigt es sich, daß unsere Partei selbst hier, in diesem Brennpunkt der kommunistischen Agitation, dem 6. Juni mit der Ueberfahrt entgegensteht, die das Gefühl der inneren Stärke verleiht. Trotz des Zusammentreffens der bekannten Umstände, die gerade im Ruhrgebiet einer Mobilisierung der Masse der Boden zu bereiten schienen, stehen breite Schichten der Arbeiterschaft in unüberwindlicher Treue zur Fahne der Sozialdemokratie. Dies zeigt sich mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit bei allen Versammlungen, die Genosse Otto Braun, der preussische Ministerpräsident, während der letzten Tage im Wahlkreis abgehalten hat. In Duisburg, Hamborn, Oberhausen, Eberstadt, Dinslaken, Hochelbe und zuletzt noch in Köln gab es Riesensammlungen mit Tausenden von Wählern. Parallelversammlungen mußten veranstaltet werden. In Hochelbe waren es am 2000 Parteigenossen, die dem Mezzert Brauns beiwohnten, während wenige Tage vorher im gleichen Saale eine Versammlung der Unabehängigen mit 27 Teilnehmern stattgefunden hatte. Ueberall herrschte die denkbar beste Stimmung; die Versammlungen verliefen ohne jede Störung, und nur die Kommunisten versuchten in der Debatte mit ihren Deklamationen Eindruck zu machen, was ihnen aber gegenüber dem überzeugenden Tatsachenmaterial, auf das sich Genosse Braun stützen konnte, nicht gelingen wollte.

Versammlungen.

An die Angestellten der Stadt Magdeburg.

In einigen Tagen bereits tritt an uns die Notwendigkeit heran zu wählen, und zwar richtig zu wählen, das heißt, der Partei unsere Stimme zu geben, von der wir — wir wollen hier allein an unsere wirtschaftliche Lage denken — am meisten Günstiges zu erwarten haben. Ich habe bereits vor der letzten Wahl in der „Volksstimme“ gesagt: Seid ihr noch unschlüssig, dann betrachtet vor allem das alte System und die ausführenden Organe dieses alten Systems. Und ich habe auch die Frage aufgeworfen: „Welche Parteien werden für die Interessen der Angestellten am ehesten eintreten?“ Heute, nach 15 Monaten, stelle ich nun die Frage: Haben die Herren aus den Rechtsparteien ihr wohlwollendes Herz für uns Angestellte inzwischen entdeckt? Wie sieht es damit aus, ihr Magistratsangestellten?

Es ist doch inzwischen von den Herren Abgeordneten des Magistrats der neue Besoldungsentwurf ausgearbeitet worden. Die in Frage kommenden Herren gehören doch den Rechtsparteien an. Nun hätten diese Rechtsparteier doch die beste Gelegenheit gehabt, zu zeigen, daß die Worte in den Parteiversammlungen, für uns einzutreten, nicht nur leeres Schall waren. Der Entwurf aber war das reine Gegenteil. Rechte, die die Angestellten sich mühsam erkämpft hatten, sollten wieder genommen werden, das Streben, emporzukommen, wird niedergehalten; ja, liebe Kollegen, so sieht das Wohlwollen der Herrschaften aus den Rechtsparteien aus. Und diesen sollen wir unsere Stimme geben?

Nein, ihr kaufende Angestellten! Dieses eine Beispiel allein zeigt zur Genüge, wohin der Weg über die Rechtsparteien führt: Die Uebernahme der Angestellten, für sich selbst aber immer mehr Vorrechte. Darum sage ich nochmals, wie im Januar 1919: Stimmeg mit allen kleinsten Bedenken, alle wie ein Mann gebt am 6. Juni die Stimme nur der Sozialdemokratischen Partei!

Praktische Mitarbeit.

In einer sehr gut besuchten Wählerversammlung in Demsdorf sprach am Sonntag die Genossin Wollmann über Sozialdemokratie und Reichstagswahl. Sie verstand es in vorzüglicher Weise, den Anwesenden die praktisch geleistete Arbeit der Sozialdemokratischen Partei klarzumachen. Nur durch praktische Mitarbeit ist es möglich, das deutsche Volk aus dem Elend herauszubringen, das uns der Krieg gebracht hat. Nicht mitgearbeitet haben die am weitesten rechtsstehenden Parteien und die Unabhängigen. Beide Parteien glauben bei der bevorstehenden Wahl dem Volke alles Teil versprechen zu müssen. Beide Par-

Massen heraus!

Heute Mittwoch abend 7 1/2 Uhr spricht im **ZIRKUS** Königstraße der bisherige Abgeordnete für Magdeburg, der jetzige deutsche Gesandte in Brüssel

Otto Landsberg

Wähler und Wählerinnen! Nur wenige Tage trennen uns noch von dem Wahltag. Schaffe sich jeder Klarheit, indem er diese wichtige Versammlung besucht!

Was lehrt München?

Nach der unabhängig-kommunistischen Räte-republik ist München der Hort der Reaktion.

teilen sind sich darüber einig, daß die Regierung vollständig ver-
liefert habe. Beide Parteien haben aber nicht das geringste getan
umher Wirtschaftslieben wieder aufzurichten. Rednerin erör-
terte den Staat und ging dann auf das Finanzgesetz ein. Die anwesen-
den Unabhängigen werden manches gehört haben, was ihnen
sonst in ihren Versammlungen nicht gesagt wird.

Es gibt aber Unabhängige, die absolut nicht zulernen
wollen. Das bewies der unabhängige Diskussionsredner. Sein
ganzes Wissen scheint er nur aus der „Volkszeitung“ zu schöpfen.
Genosse Winger trat ihm entgegen. Er gab die Arbeit der
Unabhängigen beim Betriebsrätegesetz zum besten und zeigte an
Beispielen, wie die Unabhängigen dort wirken, wo sie die Mehr-
heit haben. Er wies weiter nach, daß durch die Politik der Un-
abhängigen die Reaktion in den Sattel gehoben wird.

Im Schlußwort nahm die Genossin Polmann die Un-
hängigen gegen den Vorwurf in Schutz, sie hätten in keinem Falle
positiv mitgearbeitet. Einen Antrag hätten die Unabhängigen
bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes doch gestellt, nämlich
auch für die Gesängnisse Betriebsräte zu wählen, die über die Ein-
stellung und Entlassung der Gefangenen zu be-
stimmen haben. In einer Reihe von Beispielen wies die Re-
ferentin nach, wie zerfahren es in der unabhängigen Partei her-
gehe. Tönder Weisfall der Versammelten zeigte den Ur-
sachen der U. S. P. Besser, sie hätten nicht geredet. Die Dem-
sdorfer stimmen am 6. Juni für die Liste Bauer.

Von den Gegnern.

Für Monarchie und neuen Krieg.

Diese Wahlsparole gab in einer Versammlung der Deut-
schen Volkspartei am Dienstag abend in den „Apollo-Fest-
sälen“ Herr Dr. G. v. G. (Magdeburg) aus. Es ist zu hoffen,
daß die Wahlen der Beginn des nationalen Wiederaufbaues sein werden.
Der neue Reichstag muß Ruhe, Ordnung, Ehre und Verschönerung
im Innern bringen. Die Rechtsparteien sind nicht schuld an dem
Unglück, sondern die Feinde, ein Erzberger und ein Cohn. Gätte
das Bürgertum bei der Revolution gestreift, dann wäre sie zu-
sammengebrochen. Es geht ein unendliches Schonen durch das
Bürgerium nach einer nationalen Partei. Die Sozialisten sind
zu der faulen Ausrede gekommen, Deutschland sei zum Sozialis-
mus nicht reif. Der Sozialismus ist das schlechtere System, das
haben wir an dem Kriegsozialismus gemerkt. Seit 1918 ist es
rückwärts gegangen infolge des parlamentarischen Systems. In
Deutschland ist kein Platz für den Parlamentarismus. Die Mehr-
heitssozialisten sind jetzt radikaler als 1918. Sie halten immer
noch fest an den alten Zielen. Es ist überaus traurig, daß sie
den Klassenkampf nicht aufgegeben haben. Die Arbeiter waren
unter dem alten System glücklich. Die Demokraten haben den
Verfall 1918 zu früh die Hand gereicht und uns den Frieden von
Versailles gebracht. Sie haben die schwarzweißen Farben ver-
leugnet und der Sozialisierung zugestimmt. Der ungekrönte König
Regien hat der Regierung Forderungen gestellt und diese hat sich
vor den radikalen Gewerkschaften gebeugt. Die Deutsche Volks-
partei will die Diktatur der Sauberkeit und Anständigkeit auf-
richten. Sie will das Volk zur Macht und Ehre bringen und zur
nationalen und wirtschaftlichen Erhebung. Wir brauchen einen
Mann wie Friedrich den Großen, eine zuverlässige Exekutive
nach innen und eine nationale Erziehung der Jugend. Das Volk
muß unter der schwarzweißen Fahne vereint werden. Die Macht
nach außen müssen wir uns erringen mit allen erlaubten und
unerlaubten Mitteln. Die Streike müssen unterbunden werden.
Die Deutsche Volkspartei ist die Partei des Wiederaufbaues, sie
wird bezahlt von der Industrie, leider noch viel zu wenig. Die
Partei ist stolz, daß ein Sinn in ihren Reihen steht. Die
Aussprache brachte die üblichen Auseinandersetzungen in bürger-
lichen Versammlungen zwischen Demokraten, Volksparteilern und
Antisemiten.

Für wahre Demokratie.

Wie vermeiden wir den Bürgerkrieg? Mit dieser Frage be-
schäftigte sich der Führer der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften,
Abg. Hartmann in einer kleinen Versammlung der Demo-
kratischen Partei am Dienstag abend in den „Sudener Fes-
sälen“. Der Redner unterzog zunächst die Politik des kaiser-
lichen Deutschlands und der jetzigen Rechtsparteien einer ver-
nünftigen Kritik. Er bedachte schonungslos die Sünden der
Alldeutschen, der Vaterlandspartei, des Kaisers und der Generale,
der Deutschnationalen und der Volksparteiler auf und wandte sich
mit aller Schärfe gegen die Wahlführer der beiden
Rechtsparteien. Diese Kreise, die die Schuld am Zu-
sammenbruch Deutschlands tragen, wagen es jetzt, sich als Parteien
des Wiederaufbaues zu bezeichnen, und versuchen, die Unzufrieden-
heit und die Reichslosigkeit der Bevölkerung für ihre völk-
feindlichen Zwecke zu mißbrauchen.

Der Redner erkannte dann unumwunden an, daß es die
Führer der Sozialdemokratischen Partei waren,
die nach dem Sturz des monarchischen Regierungssystems das
Chaos zu meistern verstanden. Eine Regierung ohne Sozial-
demokratie ist undenkbar, und es war der größte Fehler der
Monarchie, daß sie die starke Sozialdemokratische Partei nicht mit
zur Regierung herangezogen hat. Auch nach den Wahlen brauchen
wir eine Koalitionsregierung. Der demokratische Ge-
danke muß Gemeingut des ganzen Volkes wer-
den. Das Volk selbst muß Herr seines Geschicks sein. Alle
Schichten der Bevölkerung müssen begreifen, daß sie neben den
Rechten auch Pflichten gegenüber der Gesamtheit haben. Die
Schlichtung muß ausgemerzt werden. Man muß die Meinung
eines politischen Gegners ertragen können und ihn mit der
Waffe des Geistes für eine Idee zu gewinnen versuchen,
aber nicht mit Waffen der Gewalt. Die Zerstörungs- und Ver-
nichungswut im Volke muß beseitigt werden. Wir müssen fest
auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehen
bleiben und die Demokratie zur wahren Volksherrschaft
ausbauen. An Stelle der Gewalt muß gleiches Recht für alle
treten. Wer mit dem Gedanken der Errichtung der Monarchie
spielt, oder wer für die Diktatur des Proletariats eintritt, will
den Bürgerkrieg. Gegen diese Unruhestifter und Volksverräter
muß sich das Volk am Tage der Wahl mit aller Entschiedenheit
wenden. Nur durch Ablehnung jeder Klassenherrschaft kann der
Bürgerkrieg vermieden werden. Jede Stimme für die Rechts-
parteien bedeutet eine Stärkung der konterrevolutionären Gefahr,
jede Stimme für die äußerste Linke einen Schritt näher zum
Bürgerkrieg.

In der regen Aussprache zogen Demokraten und Sozial-
demokraten scharfe Trennungspunkte zwischen den Parteien des
Rechtes und den Anhängern der Gewalt. Bemerkenswert und
erhellend war die Erklärung eines Demokraten, daß seine Partei
im Fall eines neuen Kapp-Putsches zum Volke stehen und gemein-
sam mit der Arbeiterschaft den Kampf gegen die Verfassungsbrecher
aufnehmen wird.

Nach dem roten Terror der weiße Terror in Ungarn!

Aus der Provinz.

Diesdorf. Die von der U. S. P. einberufene öffentliche Ver-
sammlung hat wieder einmal bewiesen, daß sich die Arbeiterschaft am
Orte einen gesunden Geist bewahrt hat. War doch der Besuch der
Versammlung wie immer ein recht guter, während die Versammlung
der U. S. P. D. am 20. Mai recht schwach besucht war und, weil der
Redner nicht erschienen war, nicht stattfand. Der reiche Beifall, den
der Referent, Genosse Gebhardt (Burg), für seine Ausführungen
bekam, bewies am deutlichsten, daß die Diesdorfer Arbeiterschaft ein
gesundes politisches Urteil behalten hat. Am deutlichsten trat das in
Erkenntnis, als der U. S. P.-Redner Vffel (Magdeburg) die
bekannte Schimpfkanonade auf die U. S. P. D. losließ. Die Ver-
sammlung wurde immer unruhiger, so daß der Versammlungsleiter
fragte, ob die Versammlung noch länger diese Schimpferei hören wolle,
was mit einem stürmischen „Nein“ beantwortet wurde. Von den
Genossen Gantzer und Gebhardt wurde dann den U. S. P.-
Genossen die richtige Antwort erteilt. Mit stürmischem Beifall wurde die
Aufforderung des Genossen Ehlke aufgenommen, am 6. Juni ge-
schlossen für die sozialdemokratische Liste Bauer zu stimmen.

Sohndobersleben. In einer öffentlichen Wählerversammlung
sprach der Deutschnationale Schuhart (Magdeburg). Die
Versammlung war überwiegend von Landwirten besucht;
nur wenige Arbeiter hatten sich eingefunden. Der Redner tadelte
widerum seine abgedroschenen Phrasen auf. Nur die Deutschnationalen
sind nach Ansicht dieses Herrn fähig, Ämter zu bekleiden. Nun das
Volk hat ja leider am eignen Leibe das Gegenteil erfahren. Der
Schwindel, daß die Entente ausgerechnet nur mit einer Rechts-
regierung verhandelt, ist so offenkundig, daß es selbst bei den Deut-
snationalen nicht geglaubt wird. In der Aussprache traten die Genossen
Schäfer und Kunze den Konservativen entgegen. An der Hand
vieler Beispiele bewiesen sie, daß nur die Rechtsparteien Deutschland
in den Krieg geholt haben und schuldig sind an der langen Dauer und
an unglücklichem Ausgang des Krieges. Mit der Aufforderung an die
Wähler, am 6. Juni daran zu denken, wer ihre Männer, Söhne und
Brüder in den Tod getrieben hat, schloß Genosse Kunze seine Aus-
führungen. Er forderte auf, die sozialdemokratische Liste Bauer zu
wählen. Im Schlußwort verurteilte der Referent die Ausführungen
unser Genossen zu widerlegen. Der schwache Beifall seiner wenigen
Getreuen wird ihm aber gegolten haben, daß für seine Partei in unserm
Orte nicht viel zu holen ist.

Der Stimmzettel der Sozialdemokratie sieht so aus

Wahlvorschlag Bauer

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1. Bauer, Gustav, Reichsverkehrsminister
2. Silberschmidt, Herm., Gewerkschaftsbeamter
3. Beims, Hermann, Oberbürgermeister
4. Bender, Ferdinand, Gewerkschaftsbeamter
5. Frau Minna Bollmann, Abgeordnete
6. Baber, Paul, Chefredakteur
7. Neumann, Martin, Lokomotivführer
8. Hähnsen, Louis, Parteisekretär
9. Söhle, Fritz, Geschäftsführer
10. Wittmaack, Ernst, Redakteur
11. Gebhardt, Magnus, Landrat
12. Neßler, Willi, Parteisekretär

den alle Männer und Frauen am Sonntag den
6. Juni in die Wahlurne legen müssen.

Vottmersdorf. In einer Wählerversammlung sprach Genossin
Schwenk (Magdeburg) über die kommenden Reichstagswahlen. Sie
schilderte die veramtungswolle Arbeit unserer Genossen in der Re-
gierung und wandte sich scharf gegen die unrichtige Kritik und das
Schimpfen der Gegner auf unsere Partei. In der Aussprache versuchte
ein Mitglied der Rechtsparteien anzutreten, wurde aber kurz und
knapplich von unserer Genossin abgelehnt. Zum Schluß forderte Genosse
Derschelp die Anwesenden auf, am 6. Juni die sozialdemokratische
Liste Bauer zu wählen. Eine Sammlung brachte 42,00 Mark für
den Wahlfonds ein.

Gegenstedt. In der zweiten Wählerversammlung referierte
Genosse V. hier Fritz (Magdeburg). In wirkungsvoller, klarer Weise
schilderte er die Leistungen der Nationalversammlung und den schweren
Stand unserer Genossen in der Reaktion. Der Feind steht rechts!
Das Erregung muß gestiftet und verbessert werden. Deshalb muß
die wertvolle Bevölkerung am 6. Juni der sozialdemokratischen Liste
Bauer zum Siege verhelfen.

Schwaneberg. Die stärkste Beteiligung aller bisher ab-
gehaltenen Wählerversammlungen wies die von unserer Partei veran-
staltete auf. Die Ausführungen des Genossen Silberschmidt
wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Gegner meldeten sich
nicht zum Worte. Dem Wahlfonds wurden vom Verein 100 Mark
überwiesen. Die Versammlung der U. S. P. war dagegen mäßig be-
sucht. Der Referent Berkling war nicht erschienen. Die Sozial-
demokratische Partei veranlaßt am Sonnabend nochmals eine Ver-
sammlung, in der Genossin Schwenk reden wird, um die Wählerinnen
in letzter Stunde an ihre Wahlpflicht zu erinnern. Wenn jeder am
Wahltag seine Schuldigkeit tut, kann wird auch in unserm Orte die
sozialdemokratische Liste Bauer entscheidend siegen.

Zahlenwarleben. In unserer zweiten Wählerversammlung
war Genosse Wünnemann (Magdeburg) erschienen. Er verstand
es, in treffenden Worten die völkfeindliche Politik der rechtsstehenden
Parteien zu geißeln. Gegner waren nicht erschienen. Genosse Otto
forderte auf, am 6. Juni einmütig für die sozialdemokratische Liste
Bauer zu stimmen. Am Mittwoch den 2. Juni wird in einer Mit-
gliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins die Regelung der
Wahlarbeit besprochen. Jeder muß zu dieser wichtigen Versammlung
erscheinen.

Badeleben. In einer öffentlichen Versammlung der Demo-
kraten sprach Dr. Helmuth. Sein Vortrag war hauptsächlich an den
Bauernstand gerichtet und enthielt viele Angriffe gegen die Sozial-
demokratie. Diese wies Genosse Schwoj geistig zurück, so daß die
Versammlung beim Schlußwort dem sonderbaren Demokraten kaum
noch Gehör schenkte und damit beendete, daß sie am 6. Juni ge-
schlossen für die sozialdemokratische Liste Bauer stimmen wird.

Nordbavern

ist das Bollwerk gegen die Reaktion. Es blieb dem
Sozialismus erhalten, weil es einig blieb und die
Räterepublik ablehnte.

Althaldensleben. In einer sehr gut besuchten Versammlung
sprach der Reichstagskandidat Neßler (Magdeburg) über „Poli-
tische Lage und Reichstagswahl“. In seinen Ausführungen be-
handelte er die Errungenschaften der Revolution, die bisherige
Tätigkeit der Regierung und verworf die steten Angriffe auf die
Regierungsmänner, die jeder Grundlage entbehren. Der Referent
bebaute die Verflechtung des Proletariats und die durch die
weiter links stehenden Parteien geleiteten Vorarbeiten für die
Reaktion. Denn es müsse doch jedem klar sein, daß gerade die
frühere konservative Politik das Uebel und die Not, in der wir
uns heute befinden, hervorgerufen habe. Er verteidigte nicht, daß
sich die Linksparteien nicht einmal scheuen, in öffentlichen Ver-
sammlungen ihre Arbeitskollegen in Gegenwart der Reaktion in
den Schmutz zu ziehen. Die Lage sei zu ernst zu solchen Sachen.
Uns kann nur der geschlossene Kampf des gesamten Proletariats
gegen rechts zur Erreichung und Verwirklichung unserer Ziele führen.
Hieran schloß sich eine Erläuterung der Steuergesetzgebung und
die Aufforderung, am 6. Juni der Liste Bauer die Stimme zu
geben. Bei der Aussprache meldete sich Wenig von der U. S. P.,
schimpfte wie üblich auf die Regierung, besonders auf die neuen
Steuern. Im Schlußwort erbrachte Genosse Neßler den Beweis
dafür, daß die Behauptungen des Wenig jeder Grundlage ent-
behren. Genosse Neßler trieb den Wenig derart in die Enge,
daß er sich in einem fort widersprach und unter laubem Geschwätz
der Versammelten den Kampf aufgeben mußte.

Groß-Santerleben. Eine außerordentlich gut besuchte Wähler-
versammlung hörte einen Vortrag des Genossen Breuß (Neuhaldens-
leben) an und spendete dem Redner starken Beifall. Eine Zellen-
sammlung ergab 14,85 Mark für den Wahlfonds.

Hakenstedt. In einer gut besuchten Versammlung sprach Ge-
nosse Stadtrat Breuß (Neuhaldensleben) über die Bedeutung der
bevorstehenden Reichstagswahl. Die klaren Ausführungen des Redners
fanden den vollen Beifall der Versammlung. Der Unabhängige Mai
(Erleben) brachte nur unwesentliche Ergänzungen in sachlicher Weise
vor. Zum Wahlfonds wurden 27,80 Mark gegeben.

Öllingerleben. Eine Wählerversammlung fand am Sonntag
statt. Genosse Kunze sprach in seinem Referat einen Rückblick
auf die praktische Arbeit der Sozialdemokratie, die nach hartnäckigem
Kampfe den Arbeitern schon manche Vorteile gebracht hat. Er be-
dauerte, daß die Nationalversammlung nicht mehr für die wertvolle
Bevölkerung leisten konnte, weil ein großer Teil der Arbeiter blüherlich
gewählt hätte, so daß keine rein sozialistische Regierung zustande ge-
kommen sei. Hätten sich die Arbeiter nicht zerplittert, dann sähe es
heute anders aus im neuen Deutschland. Er beleuchtete den Weg zum
Sozialismus und betonte ausdrücklich, nicht durch die Diktatur, sondern
durch Demokratie kommen wir zum Sozialismus. Darum muß das
Volk bei der Wahl dafür sorgen, daß die sozialdemokratische Partei
die Mehrheit erlangt. Jede Stimme der Liste Bauer. Eine Zellen-
sammlung ergab für den Wahlfonds 41,30 Mark.

Wedringen. In der gut besuchten öffentlichen Wählerver-
sammlung, die der Gesangsverein mit der „Internationale“ eröffnete,
sprach Genosse Neßler über „Sozialdemokratie und die Reichstags-
wahl“. Scharf griff er die Rechtsparteien an. Unsere Hauptaufgabe
ist der Kampf gegen den Unverstand der Massen. Die Frauen machte
der Redner darauf aufmerksam, daß nur die Sozialdemokratie seit
Jahren den Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen geführt
hat. Deshalb müssen besonders die Frauen für die sozialdemokratische
Liste Bauer stimmen. Eine Aussprache fand nicht statt. Die wert-
tätige Bevölkerung unsers Ortes wird am 6. Juni für die Liste Bauer
eintreten.

Burg. Die Deutsche Volkspartei hielt eine Ver-
sammlung ab, in der Frau v. Oheim sprechen sollte, gegen die in
Burg vor kurzem von demokratischer Seite aus schwere Anschuldigungen
erhoben wurden, weshalb diese Dame jedenfalls ferngeblieben war.
In ihrer Stelle war ein Fräulein Rug aus Belle erschienen. Viele
temperamentvolle Dame verzapfte im Lautenston und in
direkt provozierender Weise ihre „Weisheiten“, so etwa, als
hielte sie die Versammlung für eine Kleinkinderschule. Die von ihr
vorgebrachten Schiefheiten wurden denn auch durch viele erregte
Broschüren unterbrochen und forderten zwei demokratische und zwei
sozialdemokratische Redner heraus, die in nicht mißzuverstehender
Deutlichkeit ihre Meinung über die Deutsche „Volks“partei zum Aus-
druck brachten. Unsere Genossen Kabelig und Neimelt fanden
mit ihren Ausführungen lebhaften Beifall bei einem Teile der Ver-
sammlungen. Es war der Referentin nicht mehr möglich, ihr Schluß-
wort zu beenden, da die Versammelten aufbrachen und damit zu er-
kennen gaben, was sie von der Deutschen Volkspartei dachten.

Mügel. In gut besuchter Versammlung entwickelte Genosse
Somack (Burg) das Programm der Sozialdemokratischen Partei.
Reicher Beifall wurde ihm für seinen guten Vortrag zuteil. Ein
Diskussionsredner empfahl ebenso wie der Referent die Wahl der sozial-
demokratischen Liste Bauer. Mitglieder der U. S. P. kehrten wieder
zur alten Partei zurück.

Ranbau. In einer sehr gut besuchten öffentlichen Wähler-
versammlung sprach Genosse Kammler (Burg) über die kom-
menden Reichstagswahlen. Er zeigte, unter welchen Schwierig-
keiten die Sozialdemokratische Partei es möglich gemacht hat, aus
dem Trümmerhaufen, den uns das alte System hinterlassen hatie,
dem deutschen Volke die freiestmögliche Verfassung der Welt zu
geben, und wie die Sozialdemokratie in der Regierung der
treibende Keil gewesen ist. An Hand eines reichhaltigen Materials
erläuterte er die sozialpolitischen Errungenschaften seit der Revo-
lution und widerlegte damit alle Behauptungen, daß nichts erreicht
werden sei. Den Rechtsparteien bewies er schlagend die Mithridat
am Kapp-Putsch. Mit der Aufforderung, am 6. Juni geschlossen
für die sozialdemokratische Liste Bauer zu stimmen, um eine
sozialistische Mehrheit zu erzwingen, schloß er seinen Vortrag unter
reichem Beifall. In der Aussprache zeigte der deutschnationale
Lehrer Seeger aus Kalenberg eine dezentrierte politische Un-
wissenheit, daß es dem Genossen Kammler ein leichtes war,
ihn aus dem Felde zu schlagen. Die Versammlung war ein schöner
Erfolg unserer Partei, was auch dadurch zum Ausdruck kam, daß
51,20 Mark für den Wahlfonds eingingen.

Hofen. Am Sonntag versuchte die U. S. P. Anhänger für
ihre Ideen zu gewinnen. Sie konnte aber keinen ungeeigneten
Vertreter senden, als den Referenten Ehle (Magdeburg), der
den großen Mangel an Klarheit und Wahrheit in seiner Rede
durch einen so großen Stimmaufwand auszugleichen suchte.
Genosse Kuske (Burg) verstand es, mit größter Sachlichkeit die
sinnlosen Ausführungen des Referenten ruhig zu widerlegen, so
daß die Anwesenden nach Schluß der U. S. P.-Versammlung unsern
Genossen Kuske ergriffen, sofort in seinen Erörterungen fort-
zufahren. Schimpfend zogen die beiden U. S. P.-Angehörigen von
binnen. Sie hatten wirklich alle Ursache, mißgestimmt zu sein,
denn auch in Schweneitz am Abend vorher hatten sie mit ihrem
Auftreten Schiffbruch erlitten.

Die Zerplitterung der Arbeiter gab den Sieg der Reaktion in Danzig.

Barth. Eine gut besuchte Wahlversammlung nahm ein Referat des Genossen Ebert über die bevorstehenden Reichstagswahlen entgegen. Dieser betonte besonders die Notwendigkeit der geschlossenen Front der Arbeiterschaft im Kampfe gegen rechts, da es nur so möglich sei, den 6. Juni zum Siegestag des Sozialismus über den Kapitalismus zu machen. Unabhängige, die sehr stark in der von 800 Personen besuchten Versammlung vertreten waren, verhielten sich während des Referats durch völlig widersinnige Zwischenrufe und kleine Kumulte die Weiterführung der Versammlung unmöglich zu machen. Das gelang ihnen aber nicht. Ihr Diskussionsredner Thomas (Berlin) trat in phrasengeschwollenen Ausführungen für die Mätediktatur ein und schob ebenso wie die Deutschnationalen tun, alle Schuld an unserm Elend den Sozialdemokraten in die Schuhe. Als dann unser Referent das Schlusswort erhielt, ertönten sofort unaufhörliche Schlußrufe. Bei den Mitteilungen des Genossen Ebert über die Zustände in Rußland, wo die zaristischen Generale das Szepter in den Händen haben, und die sozialistischen Diktatoren in Petersburg allein an Ausschüßsentscheidungen und Direktorenentscheidungen 2 1/2 Millionen zählen, da wurden die unabhängigen Nabalbrüder nervös, und versuchten ihren Einigungswillen dadurch zu beweisen, daß sie eine Versammlungsprengung unternahmen. Nur mit Mühe gelang es, sie zurückzuhalten und nun ließen sie, in eifriges Schweigen gehüllt, die schweren Anklagen, die Genosse Ebert gegen die Unabhängigen erhob, über sich ergehen. Sie unternahmen auch nicht mehr den leichesten Versuch, die Beweisführung zu entkräften, die zeigte, daß die Unabhängigen Opposition nur um der Opposition willen betreiben, daß sie sich überall dort, wo sie die Verantwortung mit übernehmen sollen, feig drücken, daß sie sich nicht scheuen, gegen die Strafverfolgung eines Kraus und eines Mareßh zu stimmen, daß sie auch den geschlichen Mäseiertag ablehnen, wenn es ihnen paßt wie 1919. So wurde unsere Versammlung trotz der festen Absicht der Unabhängigen, sie zu sprengen, zu einem Erfolg für die alte Sozialdemokratische Partei, so daß wir die Zubersticht haben, daß auch in Barth die Vernunft am 6. Juni den Sieg davontragen wird und die sozialdemokratische Liste Bauer aus dem Wahlkampf als Sieger hervorgeht. —

Magdeburger Vorh. Genossin Bils hielt in einer sehr gut besuchten Versammlung einen Vortrag über die Reichstagswahl. Sie verstand es, die Zuhörer zu fesseln und die Ziele der Partei in überzeugender Weise darzulegen. Besonders bei den weiblichen Versammlungsteilnehmern fielen die Worte auf fruchtbaren Boden. Von den anwesenden Parteimitgliedern fand keiner den Mut, der Referentin zu widersprechen. Die Versammlung bedeutete einen großen Erfolg für unsere Partei, zumal die Gegner die größten Anstrengungen auf dem Bunde machten, um der Sozialdemokratischen Schanden zuzufügen. —

Nieseborn. In einer sehr gut besuchten Versammlung, zu der auch die Frauen zahlreich erschienen waren, referierte Genosse Rammeler (Burg). In vielen Beispielen zeigte der Referent, wie schwer es den sozialdemokratischen Männern in der Regierung gewesen ist, das zu schaffen, was bisher für das werktätige Volk erreicht worden ist. Als er das Verhalten der Deutschnationalen in der Nationalversammlung geißelte, ertönten lebhafteste Pfuirufe über das Treiben der Schiele und Konjosten. Die Wahl der sozialdemokratischen Liste Bauer wurde lebhaft empfohlen. 11,30 Uhr kamen für den Wahlsonntag ein.

Brumby. In unserm Dorfe gehen auch die Herren Konserverativen, die Deutsche Nationalen, ihren Weg still und heimlich. Nachdem sie erst vor wenigen Monaten unter Führung des Barons Voß von Alvenleben ihr reichliches Scherlein betragen hatten, um den sozialdemokratischen Landrat des Kreises zu bekämpfen; nachdem der angestellte Sekretär dieser Partei, Staatsanwalt a. D. Pöcker, aus dem Kreise verduftet ist, halten sie jetzt ebenso still und heimlich ihre Wahlversammlungen ab. Die Sache ist sehr einfach: Der deutschnationale Amtsvorsteher schickt seinen Amtsekretär — der jedenfalls nur dazu da ist — zu den ausgestellten Vertretern und sie kommen — oder auch nicht, um den Weisheiten eines auswärtigen Redners andächtig zu lauschen. So war es am Sonnabend abend. Der Besuch war allerdings sehr mäßig. Eine Diskussion fand natürlich nicht statt. Die Monarchie war wieder einmal gerettet. Die Herren haben ganz recht, wenn sie ihr Wahlprogramm, welches sich mit dem Parteiprogramm nach keiner Richtung deckt, häufig unter sich verbauden, denn ein Stimmensfang ist in unserm Orte ausichtslos; dazu haben nicht nur die Arbeiter, sondern auch der überwiegende Teil der Kleinbauern zu tiefgehende Erfahrungen mit den Herren gemacht und

wissen deshalb schon lange ganz genau, wem sie ihre Stimme zu geben haben. Sie verzichten auf die Wiederkehr von Rapp-Gattinern Klößen. Ueber die Reichstagswahl sprach Genosse G. e. (Klein) in einer Wahlversammlung. Die U. S. P.-Anhänger, die unsere Genossen von dem Besuch der Versammlung abhalten wollten, waren die ersten in der Versammlung, halten aber nicht den Mut, das Wort zu ergreifen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Eine Zellerversammlung für den Wahlsonntag ergab 24,10 Markt. Die sozialdemokratische Liste Bauer wird auch in unserm Orte Sieger bleiben. —

Milchstein. In einer Wahlversammlung sprach Genosse Bahl (Magdeburg) über den Kampf gegen rechts. Allgemeiner Beifall folgte dem Vortrag und die Aufforderung am Wahltag für die sozialdemokratische Liste Bauer einzutreten. —

Schönebeck. Die Wahlversammlung der Staats- und Gemeindefunktionäre und -arbeiter hatte unter dem Einfluß des Wetters zu leiden. Der Referent, Martin Neumann, stellte fest, daß die geschäftlichen Körperchaften in den 1 1/2 Jahren über 80 Gesele geschaffen hätten. Er zeigte an Hand von Beispielen, daß die Beamten bei der alten Regierung Staatsbürger zweiter Klasse waren. Die bürgerlichen Parteien haben die Beamten durch ihren Wahlschwund bisher ins Schlepptau genommen, daß aber durch diese Wahl den Beamten freiere Bahn geschaffen werden muß. Da die Sozialdemokratische Partei am 19. Januar 1919 nicht die Mehrheit erhielt, so mußte man mit den bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung eingehen. Dadurch war es unserer Partei unmöglich, ihr Programm vollständig zur Durchführung zu bringen. Redner schloß die Steuererhöhung ein und jetzt. Das Betriebsrätegesetz muß sich erst auswirken, dann kann noch weiter gegangen und ausgebaut werden. Die Arbeiter müssen es nur richtig ausnutzen wissen. Eingehend erläuterte er das Beamtenbesoldungsgesetz; das Disziplinarverfahren gegen die Beamten war ein Reaktionsgesetz schlimmster Art. Die Bezahlung der Beamten war unter der vorigen Regierung besonders traurig. Redner führte auch den Beamten das neue Pflanzengesetz für Kriegsschädigte vor Augen. Zum Schluß forderte er alle anwesenden Beamten und Arbeiter auf, nur die Liste Bauer zu wählen, was mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 2. Juni 1920.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.

Am 25. Mai trat der Hauptauschuß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands zu einer Tagung in Berlin zusammen, die sich neben organisatorischen Fragen namentlich mit der Wahlarbeit innerhalb der deutschen Lehrerschaft und den Vorarbeiten für die Reichskonferenz beschäftigte.

Im Namen des Parteivorstandes begrüßte Genosse Adolf Braun die Teilnehmer, die aus allen Gauen der deutschen Republik zusammengelassen sind. Wie schon an der Schwelle der sozialdemokratischen Bewegung lasse das Wort von den Arbeitern und der Wissenschaft gesprochen habe, so gehörten auch Lehrerschaft und Arbeiter zu einer Partei. Die Partei habe vor einem neuen Examen, aber sie ferne keine Examenangst, sondern nur die Notwendigkeit angelegentlichster Arbeit in den letzten Tagen vor solch einem Examen. Neben der Pädagogik der sechs- bis vierzehnjährigen gelte es eine Pädagogik der Erwachsenen auszubilden. Die Arbeit für die Zukunft erfordere nicht nur eine Neugestaltung der Wirtschaft, sondern auch neugebildete Menschen.

Den Bericht über den Fortgang der Bewegung erstattete der Geschäftsführer Genosse Lohmann. Er hob das schnelle Anwachsen einzelner Bezirksgruppen, namentlich in Pommern, im Freistaat Sachsen, in Ostpreußen und auch in der Provinz Brandenburg hervor. Eine Fülle von Beschwerden über politische Drangsalierung parteigenösslicher Lehrer hat der Parteivorstand zu verzeichnen gehabt und er kann mit Genugtuung feststellen, daß keine einzige berechtigte Beschwerde, für die er sich eingesetzt hat, bisher in letzter Instanz abschlägig entschieden worden ist. Für die Wahlbewegung sind fünf Flugblätter gedruckt, die den einzelnen Bezirken zur Verfügung stehen.

Die Mitteilungen der einzelnen Vertreter aus dem Reich ergänzten den Bericht nach den verschiedensten Seiten. Ueberall steht die Lehrerschaft in der eigentlichen Parteiarbeit, in der Bildungs- und Jugendbewegung wie in der Wahltagung mitten in der Front der Partei. Von den verschiedensten Seiten wurde indeed mit Recht auf eine schnellere Demokratisierung der Schulverwaltung gedrungen, da hier noch die stärksten Stützen der Reaktion vorhanden seien.

Die Aussprache wandte sich dann der Wahlarbeit zu. Es wurde darauf hingewiesen, daß Vertreter der Lehrerschaft sowohl in den einzelnen Wahlbezirken wie auf der Reichsebene der Sozialdemokratischen Partei an aussichtsreicher Stelle aufgestellt seien. —

Keine Diktatur! Keine Gewalt Herrschaft!

Kein kapitalistisches Chaos!

~~~~~

**Sozialdemokratie**

**so heißt die einzige Freiheit!**

~~~~~

... Des Volkes Wille sei oberstes Gesetz! ...

Wählt Liste Bauer!

Die Verteuerung des Brotes.

Die Zentrale für Heimatsdienst schreibt:

Zu einem Teile der Presse ist in letzter Zeit wiederholt behauptet worden, daß es „allein“ die Zwangswirtschaft sei, die „mit ihrem gewaltigen Speiseapparat und ihrem Milliarden-Defizit das Brot so ungebührlich verteuert“ habe. Diese Behauptung ist unrichtig. Wie schon anlässlich der Brotpreisverhöhung Anfang d. M. bemerkt ist die letzte außergewöhnlich starke Verteuerung des Brotes im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Reichsregierung vom 3. d. M. ab den Beitrag, den die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände an die Reichsgetreidestelle zu zahlen haben, von 280 auf 1200 Mark je Tonne Brotgetreide erhöht hat. Zu dieser Forderung hat sich das Reich trotz aller entgegenstehenden Bedenken entschließen müssen. Der Beitrag selbst soll die erheblichen Mehraufwendungen decken, die das Reich hat machen müssen, um die in größtem Umfange erforderlich gewordenen

Käufe von Auslandsgetreide bezahlen und um im März eine allgem. Erhöhung der an die Landwirte zu zahlenden Ablieferungprämien auf den Höchstbetrag von 300 Mark je Tonne, der bis dahin nur bei Ablieferung über 110 Prozent hinaus gezahlt wurde, einzutreten lassen zu können.

Der Anteil, den die Erweitern der Unkosten- und Verdienstspanne für Müller und Bäcker an der Brotverwertung hat, ist unbedeutend gegenüber der Verteuerung, die die erwähnte Erhöhung der Kommunalbeiträge auslöst. Die Preisverhöhung liegt hauptsächlich begründet in dem Mangel an Brotgetreide bei uns, welcher wieder darauf zurückzuführen ist, daß der deutsche Boden nicht ausreichend, um das deutsche Volk zu ernähren, zumal er durch den im Kriege getriebenen Aushau bei mangelnder Düngung sehr erschöpft ist. Um diesem Mangel abzuhelfen, mußte die Reichsregierung das teure Auslandsgetreide kaufen. Nicht die Verteuerung des „Speiseapparats der Zwangswirtschaft“ ist also Schuld an der Erhöhung der Brotpreise, sondern einfach die Tatsache, daß das deutsche Volk sich nicht selbst ernähren kann, sondern auf Lebensmittelzufuhr in großem Maßstabe angewiesen ist. —

— Eine Wahlrede am Grab.

Solange es in der deutschen Regierung Sozialdemokraten gibt, ist die Regierung bekanntlich an allem schuld, was irgendwie Unbehagen bereitet. Bahnweh, zerbrochene Fensterhaken, schmutzige Hemden, schlechte Kartoffeln sind alle auf die jetzige Regierung zurückzuführen. Ihr Ständeregister ist endlos. Als am Sonnabend der ermordete Kaufmann Fickert aus der Emdorfer Straße beerdigt wurde, hielt der Geistliche am Sarge eine etwas merkwürdige Rede. Danach ist die neue republikanische Regierung schuld daran, daß es Verbrechergesinde wage, einzubrechen und Menschen zu ermorden. Wenn die Wahl am 6. Juni keine Änderung bringe, würde das Mordgesindel den Kopf noch höher tragen. Also gab es unter der glorreichen Hohenzollern-Regierung überhaupt keine Verbrecher, in der Republik haben sie sich erst entwickeln können. Ueber den großen Menschen- und Moralverderber Krieg hörte man kein Wort. Nur die Republik, die Demokratie, die neue Regierung ist schuld, daß es verrohtes Gesindel gibt. Vielleicht ist sie auch noch schuld daran, daß es Konfusionsräte gibt. Glauben wird der politische Grabredner nicht gefunden haben, hoffentlich aber einen kalten Umschlag auf sein deutschnationales Haupt. —

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Angenruber.

(74. Fortsetzung.)

Gar still war es auf dem Wägelchen geworden. Leni sah mit halbgeschlossenen Augen, die gefalteten Hände im Schoße, zwischen Wachen und Räumen.

„Erst als das Dorf hinter ihnen lag und sie in den Föhrenwald einfuhren, wandte sich der alte Bauer an das Mädchen. „Möchtest etwa 'n Brautstand über lieber bei Dein' Leuten bleiben?“

Sie schüttelte den Kopf. „'m Vater z'lieb' schon, aber 'n Geschwistern trau' ich nit, sie könnten ihm und mir d' Freud' verderben.“

„Dann bleibst af mein' Hof, bis Dich der Kaspar als Bäurin af sein' holt. Ich gönn' Dir 's.“

Er hatte seine Rechte bekräftigend auf beide Hände Lenis gelegt und konnte es nun nicht wehren, daß diese zufällig und seine Hand an die Rippen führte.

Er machte sich frei und streichelte den Scheitel des Mädchens. „Dir gönn' ich's.“

Und hiesel nichte dazu. Wohl, wohl!

Wieder fuhren sie schweigend eine Strecke.

Da rückte Burgerl nah und lehnte ihre Wange an die der Freundin. „Leni-Mutter,“ flüsterte sie.

Ein Schauer, unter dem sie zugleich aufseufzte und lächelte, befiel Magdalena, sie drückte das Kind an sich und küßte es. Und so in sich geschmiegt, wie verschüchtern und demütig, blieb sie sitzen, als säße all das Glück, so groß es war, ihr zur Seite und sie müsse sich klein, recht klein machen, daß es Platz fände.

Sachte fuhr der Wagen dahin, lautlos kreisten die Räder über der dichten Decke gefallener Nadeln, die zu Füßen der hohen Föhren lagen.

Als der Grasbodenbauer abends in seine Stube trat, streckte er sich sofort breit und behaglich auf einen Stuhl; er gestand sich, daß er müde sei, wie nie, und sich wohl heute in seiner Frohmütigkeit ein wenig übernommen haben dürfte.

Und als er so saß, begann er an das zu denken, was er erlebt und erfahren hatte, und von dem zu träumen, was er nun erleben und erfahren würde. Und da tauchten plötzlich, nach, wie lebendig, die beiden braunen Augen vor ihm auf, in die er heute beim Abschied so tief hineingeguckt; selbst, wenn er die seinen schloß, liebten sie in ihrem heimelnden Blinken und hergeliebten Geschau befehlen. Rächelnd schloß er öftere Male die Augen.

Ueber dem war es stockdunkel geworden und Sopherl, die Licht brachte, unterbrach ihn in diesem Spiel.

Er erhob sich vom Stuhl und hatte nun das Madonnenbild an der Wand gegenüber, gerade vor sich.

Die Madonna war braunäugig.

„Hat 'n Del?“ fragte der Bauer, indem er auf das Lämpchen hinwies, das an der untern Leiste des Rahmens angebracht war.

„Wohl,“ sagte Sopherl, „s is von besthin noch ein's d'rein.“

„Dann is 's schon recht.“

„Willst denn ausjünden?“

Er nichte kurz. „Gute Nacht!“

„Gute Nacht, Bauer!“ sagte die Alte und die Treppe hinab murrte sie: „Ausjünden will er und 's is doch heut' nit Sonnabend und auch kein Frauentag!“

Er rieb ein Schwefelglöckchen an, das schien ihm aber doch zu unheilig für solchen Gebrauch, so griff er denn nach dem Wachsstock auf seinem Nachtkästchen und entflammte damit den Docht des Lämpchens, und als er es hinter dem roten Glas aufklammern sah, sagte er: „So! Warst ja auch so eine Rechte, eine Wabe, Muttergottesin, du!“

21.

Früh am andern Morgen ging der Bauer mit Gefinde und Tagelöhnern vom Hofe weg. Obwohl die Arbeiter sich in zwei Parteien schieden, deren jede es von einem andern Ende des weitläufigen Grasbodens angriff, so sah doch in der ersten halben Stunde jeder den Bauer mehrere Male; er hatte — wie die Leute meinten — „heut' wieder einmal das große Umschleichen.“ Später sah man ihn längs des Waldsaums dahinstreifen und bald darauf gar nicht mehr.

Er hatte es mit seinem Ab- und Zulaufen darauf abgesehen, die Leute bei Fleiß und Rührigkeit zu erhalten, so wirkte allerdings die Furcht, daß er mit einem Male wieder mitten unter ihnen zur Stelle sein könnte, eine geraume Weile nach.

Er war, ein wenig zögernd, in den Wald getreten, dann eine gute Strecke unter den Bäumen dahingegangen, plötzlich besann er sich und kehrte zurück, hielt aber mitten auf dem Rückweg wieder inne und verfolgte nun gesenkten Kopfes und mit starr ausgreifenden Schritten den Pfad, der tiefer in den Wald führte. Als er, um auszuschnaufen, still hielt, befand er sich auf freier, sandiger Heide, fern im Rücken die dunkeln Föhren.

„s war ein Unfinn,“ murrte er. „Jetzt, wo ich weit von Föhrensdorf abkomme bin und so nah' nach Hinterwälden hab', müßt' mer mich frei auslachen, wenn ich umkehret.“

Wieder begann er rasch auszuschnaufen. Er hatte einen Weg zu nehmen, nicht fürzer, als der zurückgelegte war, um an das Dorf heranzukommen, und erst eine Strecke hinter demselben lag der Hof auf der weiten Heide.

Als er Hinterwälden erreichte, bog er von der Straße, die ihn mitten durch den Ort geführt hätte, nach einem Fußsteig ab, der im Rücken der einen Häuserzeile an Gartenzäunen und Schauern hinführte und sich mit dem Fahrweg erst angeht der letzten Häuser wieder vereinigte, unmittelbar vor einer Brücke, unter welcher ein dünner Wasserlauf, nach Regenfrühen ein schäumender Wildbach koste. Jenseits der Brücke lag ein mit Wäldwerk bestandener Hügel.

Als der Bauer über den Bach schritt, tat er einen flüchtigen Blick über die Achsel, sah aber niemand um die Wege; nur dort vor dem Laden des Krämers, der zugleich Posthalter war, stand, der Rücken herwärts, eine Dirne, die einen Brief in den Sammelkasten warf.

Als der Bauer den Hügel hinaufstieg, horchte er auf und zog ein ärgerlich Gesicht; über die Brücke kam jemand in trappelnden, eiligen Schritten nach, dem mochte er nun vorauslaufen, oder hinter ihm zurückbleiben, nach fünfzig Schritten hatte der Busch ein Ende und begann die weite Heide, wo man für jeden, ob er einem im Rücken herantam oder voranschritt, auf eine lange Strecke sichtbar blieb. Das Klügste war wohl, ins Gesträuch zu brechen und den Weg eine gute Weile über ganz freizugehen.

Dazu wollte der Bauer eben Anstalt machen.

„Kaspar,“ rief eine Stimme hinter ihm, auf deren Klang er sich mit einem Ruck umwandte.

„Ja, bist Du 's denn?“ fragte Leni, die freudig aufschauend an ihn herantrat.

„Si, freilich bin ich's, wohl,“ lachte er, indem er sie an beiden Händen faßte. „Grüß Dich Gott, Du mein herztäufender Schatz! Und dann bist wohl auch Du dieselbe dort bei'n Briefkasten g'west?“

„Ja, ich hab' g'schrieb'n?“

„An wen denn?“

„Nat' einmal.“

„Kann ich's?“

„s is kindleicht.“

„Kindleicht? Dann g'wöh' nach Langendorf an Dein' Vater.“

Sie nickte. „Ihm müßt' ich doch gleich all's z' wissen tun. Was er dazu sagen wird? Es wird 'n wohl recht g'fren'n! Und, Kaspar — sie legte beide Hände auf seine Schultern und rüttelte ihn — „wie erst mich, wenn ihr zwei euch jeht und reden möchtet!“

„Si, Generl,“ sagte er rasch, hielt aber plötzlich inne und wick ihrem fragenden Blicke mit schielend zwinkernden Augen aus, dann legte er überlegend hinzu: „das schickt sich wohl einmal, eh?“ als nit.“

Sie senkte den Kopf.

„Aber grundmäßig g'fren't mich,“ fuhr er fort, „und is ein merkwürdiger Zufall, daß ich Dich da g'troffen hab'.“

„So nachbei um 'n Weg, wo ich jetzt heim bin? Da is doch b'sonderer, wie Du daher kommst, so weit ab, bow wo D' hing'hört.“

„Herg'rennt bim ich wie a ledig Füllen und h'ist müd' wie a g'hefter Hund.“

„Ja, was hat Dir denn gar so geeit?“

„Dich z' sehn, Generl, sonst nit, als Dich z' sehn.“

Er leitete sie an der Hand nach einem Hasenstede, der auf dem Ramme des Hügel lag, und dort setzten sich beide unter dem Schatten eines Buches auf dem grasbewachsenen Rand einer Erdbwelle nieder.

(Fortsetzung folgt.)

